

Wöchentlich 55 Bl., monatlich 3,60 M.
in voraus zahlbar, Postbezug 4,20 M.
einjährig 60 M., Postgebühren- und
12 Blg. Postbezuggebühren. Auslands-
abonnement 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Vorbote“. Illustrierte Beilagen: „Wort
und Bild“, „Kinderfreund“, „Frauen-
unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lehrzeit“, „Bild in die
Werkwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kopierregelung
des Reichs-Verlags-Vertrages
vom 25. Juni 1928 (siehe Seite
12) ist durch die Reichs-
gesetzgebung vom 15. Juni
1929 (siehe Seite 10) aufgehoben
worden. Die Reichs-Verlags-
Verträge sind demnach
nicht mehr gültig. Die Reichs-
gesetzgebung vom 15. Juni
1929 (siehe Seite 10) hat
die Reichs-Verlags-Verträge
aufgehoben. Die Reichs-
gesetzgebung vom 15. Juni
1929 (siehe Seite 10) hat
die Reichs-Verlags-Verträge
aufgehoben. Die Reichs-
gesetzgebung vom 15. Juni
1929 (siehe Seite 10) hat
die Reichs-Verlags-Verträge
aufgehoben.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 2

Kampf um die Lastenverteilung.

Die kommenden politischen Entscheidungen.

Das erste Jahr der Regierung der Großen Koalition ist beendet, ohne daß es noch möglich wäre, ein abschließendes Urteil zu fällen. Die Sozialdemokratie hat in diesem Jahre ihre Macht zum Vorteil der Arbeiterschaft eingesetzt. Ruhrkampf — Zollkampf — Kampf um die Sozialversicherung kennzeichnen die Hauptpunkte ihrer Tätigkeit. Der erste Angriff auf die Arbeitslosenversicherung ist abgeschlagen.

Indessen werden die entscheidenden Fragen der inneren deutschen Politik erst in der kommenden Tagung des Reichstags zur Entscheidung stehen. Der endgültige Kampf um die Erwerbslosenversicherung, die Auseinandersetzungen über die Höhe der Ausgaben der öffentlichen Körperschaften und über die Lastenverteilung stehen noch bevor. Sie werden nach der Entscheidung über die Zahlungspflichtigen Deutschlands aus dem Young-Plan in vollem Umfang einsetzen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer letzten Fraktionsitzung am 27. Juni eine Entschließung gefaßt, die wie ein Signal zu diesen Kämpfen wirkt. Diese Entschließung geht von der Behauptung aus, daß die Belastung der Wirtschaft mit Steuern das Maß des Ertrags übererschritten habe und kündigt an:

„Daher hat die Fraktion zunächst bei der die Reichsfinanzen in besonderer Art und Höhe belastenden Arbeitslosenversicherung Anträge gestellt, welche die schwersten Schäden beseitigen sollen. Die Fraktion wird in ihrem Bestreben, die öffentlichen Ausgaben zu vermindern und die Wirt-

schaft zu entlasten, fortfahren, auch auf anderen Gebieten die erforderlichen Änderungen der gesetzlichen Grundlagen für Ausgaben im Haushalt anstreben, sowie die von ihr gestellten Anträge auf Änderung der Reichsverfassung weiter betreiben.

Für den Fall neuer Tributvereinbarungen verlangt die Fraktion, daß die entstehenden Erleichterungen nicht zur Finanzierung neuer Ausgaben, vielmehr restlos zur Senkung von Steuern und Lasten verwandt werden.

Die Reichstagsfraktion der D. Sp. erwartet von der Reichsregierung für den Herbst Gesetzesvorlagen, durch welche ihren hier gekennzeichneten Absichten Rechnung getragen wird.“

Aus dieser Entschließung spricht die unverkennbare Absicht, den Generalangriff gegen die Arbeitslosenversicherung und darüber hinaus gegen andere wichtige sozialpolitische Einrichtungen weiter zu treiben. Der Kampf um die Sozialpolitik wie um die Lastenverteilung wird im Herbst entbrennen.

Findet sich innerhalb der Regierung oder der Parteien eine Mehrheit, die die durch die Neuregelung der Reparationen gewonnene Freiheit nach innen dazu benutzen will, die arbeitenden Volksmassen zu beunruhigen, dann wird dies den ohnehin schon zusammenhalt der Regierungsparteien aufs schwerste erschüttern.

Ernüchterung in Paris.

Mehrheit für Schuldenabkommen gesichert. — Umbildung des Kabinetts.

Paris 1. Juli. (Eigenbericht.)

Die Gefühlsexplosion, zu der sich die Kammer in der Nacht des vergangenen Donnerstag hinreihen ließ, hat wenigstens für Poincaré das Gute gehabt, daß er nach der nun überall sich bemerkbar machenden Abkühlung seiner Mehrheit für die Ratifikation sicherer ist als vorher. Die Führer der Sozialisten und Radikalen sind aus ihrer bisherigen Reserve herausgetreten und haben erklärt, daß ihre Fraktionen für die Ratifikation stimmen würden.

In acht Tagen wird die Kammer mit der Interpellationsdebatte über die interalliierten Schulden beginnen und die Berichte der Finanz- und der außenpolitischen Kommission entgegennehmen. Das Parlament wird lediglich dem Ernüchterungsgesetz die von allen Parteien geforderte Sicherheitsklausel einfügen, laßt der Frankreich im Falle der Nichtzahlung Deutschlands gleichfalls zur Zahlungseinstellung für berechtigt erklärt wird. Inwiefern der Ministerpräsident die neue Lage zu einer Umbildung seines Kabinetts benutzen wird, steht bis jetzt noch nicht fest. In parlamentarischen Einkreisen erhält sich jedenfalls das Gerücht, daß Poincaré noch vor dem Beginn der Parlamentsferien sein Kabinett nach links erweitern werde.

In jedem Falle wird die Ratifikation des Schuldenabkommens vor der Annahme des Young-Planes erfolgen und damit die französische Regierung nicht mehr zur Eile genötigt. Man rechnet hier damit, daß etwa Mitte Juli eine Konferenz der Sachverständigen zusammengetreten wird, deren Aufgabe vor allem in organisatorischen Vorbereitungen zur Inkraftsetzung des Young-Planes sowie einer genaueren Auslegung bestimmter Teile des Sachverständigenabkommens besteht. Der Zusammentritt der diplomatischen Konferenz wird für Mitte August erwartet.

Blum kündigt Poincarés Sturz an.

Paris, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Die von Leon Blum anfänglich der Einweihung des neuen Hauses der Sozialistischen Partei gehaltene Rede kann in ihrer meisterhaften Form und ihrem Gedankentum als eine der besten Programmreden angesehen werden, die von sozialistischen Führern gehalten wurden. Sie besaß ein weit über den Tag hinausgehendes Interesse.

Blum erklärte zu Beginn seiner Ausführungen, er glaube mit Sicherheit voraussetzen zu können, daß das Kabinett Poincaré die kommende Schuldendebatte nicht überleben werde, erzielte, ob es noch eine Majorität für die Ratifikation finde oder nicht. Es werde einfach der allgemeinen Ueberzeugung weichen müssen, daß seine Aufgabe erfüllt sei und daß es keine Existenzberechtigung mehr

habe. In der Debatte selbst werde sich die Fraktion, ohne von ihrer Opposition etwas aufzugeben, allein von höheren Interessen bestimmen lassen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede prüfte Blum eingehend die

Möglichkeiten, die sich nach dem Sturz Poincarés der Partei darbieten. Es sei kein Zweifel, daß das Land dann in eine Periode größter Unsicherheit trete, die sehr lange andauern könne. Ferner bestehe die Gefahr, daß die Reaktion versuchen werde, die republikanischen Freiheiten abzuschaffen. Die Taktik der Partei demgegenüber werde fraglos ein schwieriges Problem werden.

Ueber die Stellung der Sozialistischen Partei zu den Radikalen erklärte Blum, die Radikale Partei sei von den Sozialisten bei allen Wahlen im zweiten Wahlgang gegen die Reaktion unterstützt worden und dies werde auch weiter geschehen. Ebenso werde die

sozialistische Fraktion jede von Radikalen geführte Regierung unterstützen,

sofern diese ihrem eigenen Programm treu bleibe. Blum verwahrte sich ferner entschieden gegen den Vorwurf, daß die Sozialistische Partei schon vor der Verantwortung habe. Die Verhältnisse seien in Frankreich verschieden von denen anderer Länder. Am Schluß bedauerte der sozialistische Führer, daß die Sozialisten bisher noch niemals in allen europäischen Großstaaten zugleich an der Macht gewesen seien. Die in einem Lande an der Macht befindlichen Sozialisten sähen sich gewöhnlich gezwungen, ihren nationalen Partnern gegenüber auch die eigenen nationalen Interessen entschieden zu vertreten. Dadurch entstünden Mißstimmigkeiten, die durch die gemeinschaftliche Arbeit der Sozialistischen Internationale, so gut wie möglich, überbrückt würden.

Hin und her zwischen London und Paris

Der Meinungsaustausch über den Konferenzort.

Paris, 29. Juni. (Eigenbericht.)

Nach der Uebergabe der französischen Antwortnote an die englische Regierung, worin Frankreich von neuem als Tagungsort für die internationale Regierungskonferenz zur Inkraftsetzung des Young-Planes Lausanne oder Dschidda vorschlägt, hat der englische Botschafter in Paris, Lord Lyell, nochmals bei Briand vorgesprochen und den englischen Antrag erneuert.

Konferenzort und Datum noch nicht entschieden.

London, 1. Juli.

Wie Reuter erfährt, ist bisher in bezug auf die Wahl des Ortes und des Datums für die nächste Reparationskonferenz noch keine Entscheidung gefallen. Es wäre daher, wie Reuter hinzufügt, verfehlt, aus den französischen Neuierungen den Schluß zu ziehen, daß Frankreich sich endgültig gegen die Abhaltung der Konferenz in London entschieden habe. Die britische Regierung ist immer noch der Ansicht, daß aus den verschiedensten bereits dargelegten Gründen London der geeignetste Mittelpunkt ist.

Am Montag nachmittag hat in Paris Botschafter von Hoersch mit Briand über die der Konferenz berührenden Fragen verhandelt.

Moskau und Nanjing.

Der gestörte Friede im fernen Osten.

Von Peter Garwy.

Während im europäischen Westen die Sache des Friedens einen fühlbaren Schritt vorwärts machte, kommen an den Küsten des Pazifischen Ozeans akute Konflikte auf. Die Spannung zwischen China und Sowjetrußland wächst.

Der akute Konflikt hat sich am 27. Mai in Chargin in der Mandchurei abgepielt. Die chinesische Polizei drang mit Gewalt in das russische Generalkonsulat ein und verhaftete nach einer brutal durchgeführten Durchsuchung 45 Sowjetbürger, darunter den Generalkonsul selbst. Am 31. Mai wurde dem chinesischen Geschäftsträger in Moskau die von Karahan gezeichnete Protestnote überreicht. Die Sowjetregierung erklärte darin, daß angesichts der groben Verletzung der Völkerrechtsnormen durch die chinesische Polizei den Verletzungen Chinas in Rußland die bisherige Exterritorialität entzogen werde. Nanjing wurde von der Sowjetregierung gewarnt, „ihre Langmut nicht mehr zu mißbrauchen“. Wie die „Pravda“ vom 2. Juni sagte, sei die Entziehung der Exterritorialität nur als erster Schritt anzusehen; nötigerweise stehen der Sowjetregierung auch andere „effektivere Maßnahmen als das endlose Ertragen und die fruchtlosen Ermahnungen“ zur Verfügung.

Daraufhin wies der Außenminister Chinas, Dr. Wang, dem chinesischen Geschäftsführer in Moskau an, mit seinem Personal innerhalb von acht Tagen Rußland zu verlassen. Die eigentliche Antwort der Nanjing-Regierung auf die russische Protestnote ist aber noch ausgeblieben. Die Sowjetpresse legt diese Verzögerung bald als eine absichtliche Scharfmacherei, bald als Resultat des Kampfes zwischen den aggressiven und den versöhnlichen Elementen innerhalb der Nanjing-Regierung aus. Beunruhigende Nachrichten über das Eindringen der sowjetischen Truppen in die Mongolei und Nordmandchurei haben sich jedoch als völlig erfunden herausgestellt. So werden sich auch die jüngsten sowjetischen Mitteilungen („Pravda“ vom 21. Juni) über Umgruppierungen der japanischen Streitkräfte an der Grenze der Nordmandchurei hoffentlich ebenfalls als erfundene Alarmnachrichten erweisen. Immerhin bleibt die Lage ernst.

Der Charginer Konflikt bildet nur ein neues Glied an einer langen Kette von Ereignissen. Die Sowjetdiplomatie und die Komintern haben sich seit jeher mit Haut und Haaren in das chinesische Chaos verstrickt. Dabei wurde die weltrevolutionäre Großmacht- und Expansionspolitik Rußlands im Osten aufs engste verbunden. Freilich warb zuerst das neue China um Moskaus Hilfe, da es glaubte, auf diese Weise die imperialistischen Großmächte und die von ihnen besoldeten einheimischen Militaristen erfolgreicher bekämpfen zu können. Jetzt aber lehnt es das vereinigte China ab, als Schauplatz bald für die Abrechnungen Rußlands mit England oder Japan, bald für die weltrevolutionären Pläne der Komintern zu dienen. Der aus Moskau im Dezember 1927 ingenierte Kantonputsch, der der Ausrüstung zur kommunistischen Machtergreifung sein sollte, führte zum ersten Bruch zwischen dem bürgerlich-revolutionären China und der Sowjetunion. Seitdem bemüht sich die nationale Nanjing-Regierung, die jetzt nach einer Verständigung mit den kapitalistischen Großmächten Chinas strebt, von dem unbehaglich gewordenen Verbündeten loszukommen. Das bürgerliche China braucht jetzt keine Revolutionsinstruktoren wie Borodin mehr, sondern Finanzinstruktoren, wie die Amerikaner Kämmerer und Young. Ebenso wie in Persien und in der Türkei hat auch in China der bolschewistische Mohr seine Schuldigkeit getan.

„Aber der Mohr will nicht gehen“ — das scheint die Ueberzeugung der Kuomintang-Leute zu sein! Daher die Aggressivität der Nanjing-Regierung ihrem innigsten Freund gegenüber. Und in der Tat ist der Chargin-Überfall nur im Zusammenhang mit zwei wichtigen Erscheinungen zu erklären, mit dem Wiederaufwachen des Bürgerkrieges in China und mit der verwinkelten Lage auf der ostchinesischen Bahn.

Die national-bürgerliche Konsolidierung Chinas unter dem Diktator Tschangkaischek droht wieder ins Wanken zu geraten. Die Provinzverwalter („Tschons“) wollen sich nicht mit dem Ende der Provinzselbstständigkeit und der Landausplünderung abfinden. Der Generalkrieg ist wieder da und mit ihm die Gefahr eines neuen Bürgerkrieges. Moskau wieder fühlt sich verunsichert, die aufs neue beginnende Verwirrung in China auszunutzen, um die „neue Taktik“ der Komintern durchzusetzen und die „Weltrevolution“ nach der Maßschlappe im Westen wieder im Osten aufzublasen. Die Bolschewisten von Chargin glaubten in dem Sowjetkonsulat „Beweise“ für die Beziehungen zwischen Moskau und dem „sowjet-chinesischen“ General Feng zu finden, der nach der Niederwerfung der australischen „Kwangsi-Gruppe“ der Generäle, jetzt der gefährlichste Widerlächer Tschangkaischeks ist. Die Polizei scheint aber in Chargin ebenso Rech gehabt zu haben wie in Berlin 1924 und in London 1927. Aber die Nanjing-Regierung brauchte, wie früher die englische konservative Regierung, keine echten „Beweise“, sondern viel-

mehr nur einen passenden Vorwand, um mit Rußland zu brechen.

Charbin wurde wohl deshalb für den Ueberfall ausgewählt, weil es den Mittelpunkt der ostchinesischen Eisenbahn bildet. Die „Prawda“ vom 2. Juni betont, daß der Charbin-Ueberfall die antisowjetischen Pläne der gewaltsamen Aneignung der ostchinesischen Bahn bestätigte. Sie will sogar wissen, daß diese Pläne von dem japanischen Militär inspiriert werden. Auf Grund der Abmachungen von 1924 mit China befindet sich die ostchinesische Bahn, die mit dem russischen Geld gebaut wurde, in gemeinsamer Verwaltung Chinas und der Sowjetunion. Aber in der letzten Zeit bemüht sich die Ranking-Regierung immer mehr, den entscheidenden Einfluß Rußlands auf der ostchinesischen Bahn einzuschränken und möglichst auszuschalten. Dadurch würde die Machtstellung Japans in der Mandschurei verstärkt werden; für China zweifellos ohne eine große Gefahr. Aber die Ranking-Regierung glaubt deshalb, mit Rußland anfangen zu sollen, weil dies ihr unter den gegebenen Machtverhältnissen leichter zu sein scheint und weil Japans Expansionspolitik in China durch die Vereinigten Staaten und England „kontrolliert“ wird. So gärt es wieder im Osten. Es wäre ein Unheil mit unabsehbaren Folgen, wenn die Sowjetregierung „unter dem Druck der arbeitenden Massen“, wie es in der „Prawda“ vom 9. Juni steht, „zu entscheidenden Maßnahmen“ greifen oder wenn die Ranking-Regierung ihre unzulässige Propagandapolitik fortsetzen wird. Daher — keine Prestigepolitik, keine Drohungen, keine Ultimaten!

Geschrei bei Hugenberg.

Ein nationalistisches Demanöver und eine Anfrage.

Die deutschnationale Fraktion im Preussischen Landtag hat einen begründeten Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium eingebracht. In der Begründung heißt es:

„Der zehnten Wiederkehr des Tages von Versailles ist somit von der derzeitigen preussischen Regierung durch Maßnahmen Rechnung getragen worden, die in ihrem Sinn und in ihrer Form etwa den Maßnahmen entsprechen, die die französischen Befehlshaber im besetzten Gebiet gegenüber Regungen des Nationalgefühls der deutschen Bevölkerung für angemessen erachteten.“

Diese infame „Begründung“ hat unverkennbare Ähnlichkeit mit den Beschuldigungen, die einst Helfferich gegen Rathenau am Tage vor dem Attentat schleuderte.

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat weiter eine Große Anfrage wegen der Rede des Innenministers Orzeszinski in Frankfurt am Main eingebracht. Sie fragt:

„Welche Stellung nimmt das Staatsministerium zu der — mindestens indirekt — zur Gewalt, zu Verfassungsbruch und Verbrechen auffordernden Rede des für Ruhe und Ordnung im Innern verantwortlichen Ministers ein?“

Der Minister hat in seiner Rede zum Schutz der Verfassung und zur Gegenwehr gegen verbrecherische Taten der Putzisten aufgefordert — eine Aufforderung, die nach der neuesten Heftigkeit der Deutschnationalen und ähnlicher Verfassungsfeinde — siehe oben — höchst nötig war!

Dieser Angriff auf die Regierung und diese Anfrage — eine treffliche Illustration zu der dreisten Heuchelei der deutschnationalen Verfassungsfeinde!

Zur Tarifierhöhung der Reichsbahn.

Siemens ist die Reichsbahn noch nicht selbständig genug.

Am 1. Juli abends veranstaltete gelegentlich der Tagung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft die Stadt Köln einen Empfang im Rathaus. Auf die Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters Dr. Adenauer antwortete der Präsident des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft Dr. C. F. von Siemens. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn habe bei seiner vorjährigen Tarifierhöhung mit drei Dingen gerechnet. Erstens, daß der Verkehr sich weiter heben, zweitens, daß neue Lasten der Gesellschaft nicht weiter auferlegt würden und ferner, daß die Hemmnisse zur Beschaffung neuer Mittel im Laufe des Jahres beboben würden.

Von diesen drei Voraussetzungen seien leider alle nicht eingetreten. Die Verkehrssumme sei im ersten Halbjahr keine höhere als im Vorjahr, neue Lasten seien der Gesellschaft in erheblichem Umfang auferlegt worden und im Augenblick bestünde auch noch keine Aussicht, für die notwendige Entwicklung neues Kapital zu erhalten.

Die Frage der Geldbeschaffung sei nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die Zukunft die Grundlage der gesamten Politik einer Gesellschaft wie der Reichsbahn. Mit kurzfristigem Geld zu hohen Zinsen könne man keine Eisenbahnanlagen bauen.

Aus diesen Ueberlegungen heraus sah sich der Verwaltungsrat gezwungen, für die neuen der Gesellschaft auferlegten Mehrausgaben auch Mehreinnahmen zu suchen. Der Verwaltungsrat ist sich vollkommen klar, was eine weitere Vertiefung des Betriebes für all Schichten der Bevölkerung bedeutet, aber er hat auch keine Hoffnung, daß auf andere Weise Hilfe kommt. Der Reichstag hat, soweit ich sehen kann, einstimmig seiner Ansicht gegen eine Tarifierhöhung Ausdruck gegeben.

In den Verhandlungen der Sachverständigen habe die Deutsche Reichsbahngesellschaft eine wesentliche Rolle gespielt. Es sei zu hoffen, daß die Deutsche Reichsbahn in der Zukunft eine Gestalt annehme, die es ihren Organen ermöglicht, die volle Verantwortung für ihr Gedeihen zu tragen. Dazu gehöre, daß die ihr auferlegten Lasten nicht eine Höhe überschreiten, die eine gesunde Betriebsführung untergräbt, und daß eine Form gewählt wird, die ihr die zur Weiterentwicklung notwendigen neuen Mittel auch auf die Dauer sicherstellen. Wenn ihr dann die für die Führung irgendeines Geschäftes notwendige Selbständigkeit gegeben wird und sie in dieser Beziehung nicht nur ein Scheinbafeln führt, wenn sie von den wechselnden Einflüssen und Ueberlegungen der Politik völlig befreit bleibt, dann werde die Deutsche Reichsbahn am besten mitarbeiten können an der Erhaltung und Entwicklung der deutschen Wirtschaft.

Klara Zetkin vor dem Ausschluß.

Sie weigert sich nach Moskau zu gehen.

Klara Zetkin wandte sich in einem Brief an den russischen Botschafter in Berlin, worin sie als Antwort auf eine Aufforderung, nach Moskau vor das Gericht der 3. Internationale zu erscheinen, die Mitteilung macht, daß sie diese Aufforderung ablehnt.

Danzig und der Versailles-Tag.

Der Senat weist polnische Einmischung zurück.

Danzig, 1. Juli.

Präsident Salm hat auf den Einspruch der polnischen diplomatischen Vertretung in Danzig wegen der Treuekundgebungen am 28. Juni in einer Note geantwortet, daß diese Kundgebungen ein elementarer Ausbruch der Trauer waren, die die Bevölkerung Danzigs, die gegen ihren Willen vom Vaterland abgetrennt sei, zur zehnjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung in Versailles aufs tiefste bewegt habe. Die Danziger Bevölkerung habe ein

natürliches Recht auf freie Meinungsäußerung, das die vom Völkerverbund garantierte Verfassung ausdrücklich anerkennt.

Die Kundgebungen gehörten einer Sphäre an, die kein internationaler Vertrag je regeln könne. In übrigen sei bei den Veranstaltungen nichts zutage getreten, was zu der Annahme berechtigen könnte, daß die Freie Stadt Danzig sich der bisher streng befolgten loyalen Erfüllung der bestehenden

Verträge, besonders auch der Republik Polen gegenüber, entziehen wollte.

Wenn die polnische diplomatische Vertretung die Regierung Danzigs auf den Beschluß des Völkerverbundes vom 17. November 1920 aufmerksam mache, so sei zu betonen, daß, wenn auch die Freie Stadt Danzig die Bestimmungen von Versailles zu achten habe, es aber

keinem Mitgliedsstaat des Völkerverbundes, auch nicht der Republik Polen, zustehe, die Innehaltung der Bestimmungen von Versailles durch die Freie Stadt Danzig zu überwachen.

Im Gegenteil sei in den Bestimmungen ausdrücklich der Ausschluß jeder persönlichen Einmischung anderer Mächte in die Angelegenheiten Danzigs vorgezeichnet. Der Senat müsse daher gegen den Inhalt der Note der polnischen diplomatischen Vertretung, sofern ihm Vorhaltungen wegen seiner Stellung zum Versailler Vertrag gemacht werden sollten, ausdrücklich Verwahrung einlegen.

Rechtsradikale Regierung in Sachsen.

Ein Nationalsozialist soll Innenminister werden.

Dresden, den 1. Juli. (TII.)

Wie zuverlässig gemeldet wird, hat Ministerpräsident Binger den Führer des sächsischen Landvolkes, Landtagsabgeordneten Schreiber, zum Wirtschaftsminister im neuen Kabinett ernannt. Das Ministerium des Innern soll einem Parteigänger der Nationalsozialistischen Partei übertragen werden; doch ist eine dafür in Betracht kommende Persönlichkeit noch nicht bestimmt. Den Deutschnationalen wird das Justizministerium übertragen werden, während Ministerpräsident Binger selbst das Unterrichtsministerium, das er bisher schon innehatte, weiterführen wird. Finanzminister Dr. Weber wird auch weiterhin mit der Führung dieses Ministeriums betraut werden. Da der bisherige Ministerpräsident Heldt die Uebernahme des Arbeitsministeriums abgelehnt hat, erwägt der Ministerpräsident zur Zeit die Zusammenlegung des Arbeitsministeriums mit dem Wirtschaftsministerium, die schon seit langem in Aussicht genommen war. Die Demotratoren werden an dem neuen Kabinett nicht beteiligt sein.

Ein Volksparteiler, ein Wirtschaftsparteiler, zwei Deutschnationale — das Landvolk ist eine deutschnationale Filiale — und dazu ein Hakenkreuzer als Innenminister, das soll das Gesicht des neuen Kabinetts sein! Herr Binger rückt rasend schnell nach rechts — fragt sich nur, wo dies Kabinett die Landtagsmehrheit hernehmen soll. Es kann sie nur erzielen mit Hilfe der Demotratoren.

Es ist politisch sehr bedeutsam, daß die Deutsche Volkspartei in zwei Ländern eine Regierung gemeinsam mit den Nationalsozialisten bilden will, mit einer Partei, die aus ihrer Feindschaft gegen die Verfassung so wenig ein Hehl macht wie aus ihrem Bekenntnis zum Putzismus.

Lippes Anleiheplan gescheitert.

Das Zwergland beharrt bei seiner Selbständigkeit.

Detmold, 1. Juli.

In einer vom Lippeschen Landespräsidium einberufenen Pressekonferenz machte das geschäftsführende Mitglied des Landespräsidiums Drake darauf aufmerksam, daß der Plan der Aufnahme einer festen Anleihe für das Land bei der angespannten finanziellen Lage als gescheitert zu betrachten sei. Aus diesem Grunde müsse jetzt mehr denn je in der Verwaltung äußerste Sparsamkeit einsehen. Sodann wurde zur Frage der Selbständigkeit des Landes mitgeteilt, daß der Standpunkt der Lippeschen Regierung unverändert sei. Zwar hätten die bekannten Verhandlungen im Dezember 1927 stattgefunden, aber nichts weiter. Das Landespräsidium nahm in der Frage der Selbständigkeit noch wie vor den alten Standpunkt ein. Wenn vom Reich keine Anregungen ergingen, habe Lippe keine Veranlassung, von sich aus etwas zu unternehmen. Ein Mitglied des Lippeschen Landespräsidiums machte Feststellungen über die Beschuldigung der landwirtschaftlichen Betriebe in Lippe; diese habe einen Gesamtwert von 98 196 451 Mark. Die darauf ruhenden Schulden seien festgestellt mit 17 728 829 Mark.

Die Angleichung des Strafrechts.

Das Ergebnis der 4. deutsch-österreichischen Strafrechtskonferenz.

München, 1. Juli.

Die 4. deutsch-österreichische Strafrechtskonferenz, die am 29. und 30. Juni in München stattfand und an der 11 Mitglieder des Deutschen Reichstags und 6 Mitglieder des österreichischen Nationalrats teilnahmen, führte die Arbeiten zur Schaffung eines neuen gemeinschaftlichen Strafgesetzbuchs für Deutschland und Österreich wieder einen bedeutenden Schritt dem Abschluß näher. Die Konferenz war wie ihre Vorgängerinnen durch die streng sachliche Arbeit ausgezeichnet, bei der die Parteigegensätze fast verschwanden und nur der eine Gedanke alle Teilnehmer beherrschte, daß das hohe Ziel erreicht werden muß, den beiden Brüdervölkern ein neues Strafrecht zu geben, das die ruhige und unge störte Entwicklung ihres Staats- und Wirtschaftslebens sichert und gleichzeitig Zeugnis ablegt von der führenden Stellung, die der Deutsche im Kulturleben der Welt einnimmt. Geheimrat Dr. Kahl leitete zusammen mit dem Führer der österreichischen Delegation, dem Präsidenten des österreichischen Nationalrats Dr. Waber die Verhandlungen. Das Ergebnis befriedigte außerordentlich. Es ist gelungen, fast alle Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, die auf den behandelten Gebieten zwischen den Beschlüssen der Strafrechtsausschüsse des deutschen und des österreichischen Parlaments bestanden. In den wenigen Punkten, die vorläufig offen blieben, hat die Aussprache doch eine Grundlage geschaffen, die eine spätere Einigung bestimmt erwarten läßt. Zur nächsten Strafrechtskonferenz, die für November oder Dezember 1929 in Aussicht genommen ist, hat Präsident Dr. Waber namens des österreichischen Nationalrats und der österreichischen Justizverwaltung nach Österreich eingeladen.

Joseph Wauters.

Ganz Belgien trauert.

Brüssel, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Der Tod Joseph Wauters' hat überaus tiefen Eindruck gemacht. Zahllose Beileidskundgebungen treffen ein. Der König hat an die Witwe Wauters' ein Beileidschreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Während der fünf Jahre seiner Ministerschaft hat Ihr bewunderter Name alle Hilfsquellen einer außerordentlichen Intelligenz und einer ungewöhnlichen Arbeitskraft in den Dienst des Staates gestellt. Er hat insbesondere während der schwierigen Zeit der Stabilisierung einen Patriotismus an den Tag gelegt, von dem er schon während der Besetzung markante Beweise geliefert hatte. Ich werde dem hervorragenden Mann, dessen vorzeitiger Tod einmütig beklagt werden wird, ein tiefgeföhltcs Andenken bewahren.“ — Unter den Beileidskundgebungen der politischen Gegner ist u. a. die des ehemaligen Stabilisierungsdiktators Francqui hervorzuheben, der wörtlich sagt: „Joseph Wauters war zu ehrlich, um sich nicht den Haß der Gegner zuzuziehen.“

Diese beiden Zeugnisse einige Wochen nach dem Wahlkampf, in dem die bürgerlichen Parteien die belgischen Sozialisten der Schuld an der Währungskrise bezichtigten, sind besonders interessant.

Heimwehr in Holland.

Bauern überfallen Arbeiterautos.

Amsterdam, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Zwei sozialdemokratische Propagandaautos aus Alkmaar am Rhein mit einigen Mitgliedern eines Arbeitergefangenvereins und ihren Frauen, wurden in der Gemeinde Bodegraven von einem Trupp reaktionärer Bauern überfallen. Die Frauen wurden getreten und geschlagen, man versuchte ihnen die Kleider vom Leib zu reißen. Auch verschiedene Männer erlitten Verletzungen. Von den Autos wurden die roten Fahnen heruntergerissen und in Brand gesteckt. Die Crispolizei sah dem Ueberfall untätig zu.

Falout schwer verurteilt.

Lange Zuchthausstrafe.

Prag, 1. Juli.

Der 43 Jahre alte Kapitän des Kanziendienstes, Jaroslav Falout, wurde auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik und des Militärstrafgesetzes wegen Verrats militärischer Geheimnisse und Betrugs zur Degradation und 19 Jahren schweren Kerkers verurteilt.

In der Urteilsbegründung wird festgestellt, daß Falout u. a. zahlreiche Geheimdokumente dem Reichswehrministerium in Berlin angeboten habe. Er habe sich vor allem um Akten der Operationsabteilung des Generalstabes bemüht; der Betrug liege darin, daß er Urlaubsscheine fälschte und mit falschen Pässen nach Deutschland fuhr.

Minderheitenrecht in Polen.

Rein Versammlungsrecht für Weisrussen.

In einem Dorf bei Wlno veranstaltete der weisrussische Sejmowik Wolguch eine Volksversammlung. Als die Polizei die Versammlung schließen wollte, kam es zu einem Tumult, worauf die polnischen Polizeibeamten schossen. Ein Versammlungsteilnehmer wurde durch Kopfschuß schwer verletzt. Die empörten Bauern schlugen den Führer der Polizeistation zu Boden und bearbeiteten ihn mit den Füßen. Erst nach Einkreisen polizeilicher Verstärkungen konnten die Bauern zerstreut werden.

Czechowicz hinaufbefördert!

Warschau, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Es verlautet, daß die Opposition als Folge des Spruches im Czechowicz-Prozess die Einberufung einer außerordentlichen Sejm-Session fordern wird, um die vom Staatsgerichtshof verlangten und zur Beendigung des Verfahrens erforderlichen Feststellungen vorzunehmen. Die Regierungspresse sagt, daß der Staatsgerichtshof das Verfahren niemals beenden werde, die Regierung werde das mit allen Mitteln, nötigenfalls durch die Auflösung des Sejms zu verhindern wissen.

Charakteristisch für die Haltung der Regierung ist, daß sie Czechowicz, der noch unter Anklage steht, zum Generaldirektor der Landwirtschaftsbank ernannt hat.

Das Attentat auf den Colmarer Staatsanwalt Jachot beschäftigt am Donnerstag das Pariser Schwurgericht. Der Täter Georges Benoit ist für geistig gesund erklärt worden.

Staatsvertrag vor dem Landtag.

Erste Lesung erledigt. — Deutschnationale und Volkspartei dagegen.

Zu Beginn der Montagsitzung des Preussischen Landtags beantragte

Abg. Dr. v. Winterfeld (Dnat.) zur Geschäftsordnung, einen deutschnationalen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen und sofort zu verhandeln, der sich mit dem Verhalten der Polizei gegenüber den am 28. Juni von Studenten in Berlin gegen die Kriegsschuldfrage veranstalteten Demonstrationen beschäftigt. Der Antrag nimmt auf das Verbot der Staatsregierung an die unterstellten Behörden Bezug, an Kundgebungen gegen die Kriegsschuldfrage am Jahrestag des Versailler Vertrags teilzunehmen. Unter großer Unruhe der Linken behauptet der Redner, daß die Studentenschaft über diese schwere Verletzung der akademischen Freiheit in berechtigter Entrüstung gerötet sei und daß die Polizei die Studenten mit einem starken Aufgebot auseinanderjagt, mißhandelt und wie Verbrecher behandelt habe.

Solche Maßnahmen wären dem Sinne und der Form nach jenen gleich zu achten, die die französischen Besatzungsbehörden im besetzten Gebiet gegenüber Regungen des Nationalgefühls der deutschen Bevölkerung anwenden.

Seine Freunde beantragte deshalb, dem Ministerpräsidenten Braun und dem Staatsministerium das Vertrauen des Landtags zu entziehen. (Lebhafte Pfui-Rufe links.)

Da Widerspruch erfolgt, kommt der Antrag nicht auf die Tagesordnung.

Abg. Bock (Dnat.) beantragt nunmehr zugleich im Namen der Deutschnationalen Partei einen Antrag mit auf die Tagesordnung zu setzen, der die Regierung ersucht, anlässlich des bevorstehenden Vertragsabschlusses mit der Kurie sofort mit der evangelischen Kirche Verhandlungen aufzunehmen. — Diefem Antrag wird ebenso widersprochen wie dem nun folgenden Antrag des

Abg. Vollmers (Chr. B.-P.), ebenfalls wegen der Kundgebungen am 28. Juni dem Innenminister und dem Kultusminister das Vertrauen zu entziehen.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen folgt

Die erste Lesung des Staatsvertrages mit dem heiligen Stuhl.

Auf der Regierungsbank ist das gesamte Kabinett anwesend. Zur Begründung der Vorlage nimmt das Wort

Kultusminister Dr. Beder.

Der einleitend den Vertrag als das Ergebnis mehrjähriger Verhandlungen und als Wächter der über ein Jahrhundert dauernden Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Preußen bezeichnet. Er gibt sodann einen Überblick über die historische Entwicklung dieses Verhältnisses von Staat und Kirche. Die Hauptetappen dieses schwierigen und bornenvollen Weges seien die Zirkumskriptionsbulle und der Kulturkampf. Durch die Bulle wurde die Abgrenzung der Diözesen, ihre Organisation, die Wahl der Bischöfe, die Ernennung der Domherren, die Dotationsfrage und die Errichtung von Seminaren geregelt, aber im Geiste der damaligen Zeit, die unserm heutigen Empfinden und der grundsätzlichen Selbstständigkeit der Kirche gegenüber dem Staat nicht mehr entspricht. Daneben lief eine Verständigung über die katholisch-theologischen Fakultäten in Bonn und Breslau. Solche Vereinbarungen seien ein Bestandteil des noch heute geltenden Rechts.

Der Minister geht sodann auf die Kulturkampferperiode ein, die man in diesem Zusammenhang nicht übergehen könne. Damals wurden Probleme auf, die erst durch die Reichsverfassung und den vorliegenden Vertrag ihre endgültige Erledigung erfahren hätten. Er verweist auch auf die Fragen der staatlichen Schulaufsicht, der Orden, der Fortbildung der Geistlichen, der Anzeigepflicht und des Einspruchsrechts des Staates bei Anstellung von Geistlichen. Der Kulturkampf sei als Höhepunkt einer geschichtlich notwendig gewordenen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche zu bezeichnen. Mit dem Aufhören der weltlichen Macht der Kirche und der Entstehung des modernen Staates wie der modernen Kirche habe die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der Weimarer Verfassung ihren vorläufigen Abschluss gefunden. Aber die Weimarer Verfassung löse alle diese Probleme nicht, als daß sie sie löse. Die Schulaufsicht sei allerdings durch die Reichsverfassung eindeutig geregelt. Dafür sei die Schulfrage selbst in ein akutes Stadium getreten, denn die schweren Kämpfe um das Reichsschulgesetz hätten eine Lösung nicht gebracht. Deutschland liege von der Entfesselung eines neuen Kulturkampfes nicht weit entfernt gewesen, aber gerade um einen Kulturkampf zu verhindern, müßte jede Bezugnahme auf die Schule in dem Staatsvertrag grundsätzlich vermieden werden. Bei der Einsetzung des Bismarcks gerade zu dieser Frage sei dieser Verzicht als dankenswerter Ausdruck des Willens zur Verständigung zu würdigen. Wäre es anders, würde der vorliegende Vertrag für die Mehrheit des Volkes unannehmbar sein. Die Ordnungsfrage ist durch die Reichsverfassung geregelt. Dafür findet die Fortbildung und Anstellung der Geistlichen im Vertrage selbst eine Regelung, die den Interessen des Staates wie der Kirche gerecht wird und die dauernd wertvolle Bestandteile des bisherigen Rechtszustandes übernimmt.

Der Minister erwähnt in diesem Zusammenhang den Plan eines Reichsrahmenvorlages, in das sich die Landesverordnungen einpassen sollen. Dieser Plan sei zurückgestellt worden. Die Kompetenz der Länder sei von der Reichsregierung niemals bestritten worden und konnte auch auf Grund der Reichsverfassung nicht bestritten werden. Nach dem Abschluß des bayerischen Konkordats hätten die Verhandlungen zu dem vorliegenden Vertrage begonnen. Die Verhandlungen seien nach den vorangegangenen Kämpfen um das bayerische Konkordat nicht leicht gewesen, aber es müsse mit Dank hervorgehoben werden, daß die Kurie die nötigen andersartigen Dinge im protestantischen Preußen anerkannt und gewährt habe.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, die im Ausschuss besprochen werden könnten, müsse er aber noch auf zwei Vorwürfe eingehen, die in der Öffentlichkeit gegen den Vertrag erhoben werden. Die Enttäuung vieler Konkordatsorganistischer Rechte, daß das Wort „Schule“ in dem Vertrag nicht vorkomme, habe dazu geführt, daß der Art. 1 des Vertrages heranzuziehen.

Dieser Vorwurf sei deshalb verfehlt, weil Art. 1 ausschließlich von dem Grundgesetz der Religionsfreiheit handle, der seit langem Gemeingut aller Kulturländer ist. Er beschränke sich lediglich auf Glaubens- und Gewissensfreiheit und die Freiheit der Religionsübung und lasse auf diesen Gebieten die Staatsgewalt unberührt. Mit dem schulpolitischen System des Landes habe er nichts zu tun.

Ein anderer Vorwurf läuft auf die drohende „Romanisierung“ und „Entdeuschung“ der Ausbildung der katholischen Geistlichen hin. In dieser Beziehung stehe der Vertrag nur eine Konsequenz der Reichsverfassung dar. Nach der Verfassung hätten die Kirchen diese Angelegenheit selbständig zu regeln. Es läge vielmehr ein Interesse daran vor, daß möglichst viele Mitglieder des Klerus die römischen Verhältnisse genau kennenlernten, um bei dem internationalen Charakter der römischen Kirche die deutschen Belange recht zu wahren zu können. Die sogenannten „Röminger“ hätten dem Staat und dem deutschen Katholizismus die größten Dienste geleistet.

Zum Schluß ging der Minister noch auf die Rückwirkung des Vertrages bezüglich der evangelischen Landeskirchen ein. Die Generalsynode habe in berechtigter und

müdigter Form die Ansprüche des evangelischen Volksteils angemeldet. Die Regierung ist bereit, beide Kirchen paritätisch zu behandeln. Aber man dürfe bezüglich der Gleichzeitigkeit nicht schematisch verfahren. Die evangelische Kirche sei der katholischen um fünf Jahre voraus. Die Staatsregierung sei aber bereit, in diesem Falle sofort die Konsequenzen der Parität zu ziehen. Das sei den evangelischen Kirchen bereits schriftlich mitgeteilt worden. Der vorliegende Vertrag solle dem konfessionellen Frieden dienen, und deshalb müsse die Debatte mit dem Willen zur Verständigung geführt werden. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Winterfeld (Dnat.) erklärt, daß seine Fraktion ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, an dem Vertrage mitzuwirken, falls gleichzeitig mit der evangelischen Kirche eine ähnliche Regelung gefunden wird. Einzelne Bedenken wolle er bis zur Ausschlußberatung zurückstellen.

Aber schon jetzt müsse er hervorheben, daß seine Fraktion dem Vertrage nicht zustimmen könne, da die Regierung das gleichzeitige Zustandekommen von Verträgen mit der evangelischen Kirche verhindert hat.

Seine Freunde könnten zu dem Versprechen der Staatsregierung, an deren Spitze ein religionsfeindlicher Sozialdemokrat stehe, kein Vertrauen haben, denn die Regierung werde alles tun, um die in Aussicht gestellten Verträge mit der evangelischen Kirche nicht zustandekommen zu lassen. Es sei eine Irreführung der Öffentlichkeit, die Gesetze von 1924 in Bezug auf die evangelische Kirche so auszulegen, wie es von der Staatsregierung geschehen ist. Ihr Zweck war lediglich, das Inkrafttreten der evangelischen Kirchenverfassung zu ermöglichen. Da aber nicht gleichzeitig ein ähnlicher Vertrag mit der evangelischen Kirche vorgelegt wird, würde seine Fraktion gegen das Konkordat stimmen.

Abg. Stendel (D. Sp.) bezweifelt, daß die Staatsregierung die zwei großen Befehdungsmomente, Staatsvertrag mit der Kurie und Umgebungsfrage, noch vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofes betr. die Zusammenlegung des Landtags verabschieden könne. Nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes in Würtemberg sei auch für Preußen eine andere Zusammenlegung des Landtags zu erwarten. Der vorliegende Vertrag sei, wenn auch diese Bezeichnung vermieden ist, nach den Urteilen von Staatsrechtslehrern dennoch ein Konkordat. Des weiteren seien durch Sachverständige Ungleichheiten des italienischen mit dem deutschen Text festgestellt. Immerhin komme es entscheidend auf den Inhalt an.

Das vorliegende Konkordat entspräche aber nicht den Richtlinien der Volkspartei und ist deshalb für diese unannehmbar.

Sollte der Ministerpräsident nach seinen früheren Erklärungen dabei bleiben, daß der Entwurf als Staatsvertrag nur angenommen oder abgelehnt werden könne, so werde die Antwort seiner Fraktion ein glattes „Nein“ sein. Daß die Verhandlungen mit der evangelischen Kirche nicht zu Ende geführt wurden, bedürfte seine Freunde in der absehenden Haltung. Wie sollen die öffentlichen Unklarheiten des Vertrages später aus der Welt geschafft werden? Soll die Kurie bei Differenzen das Haager Schiedsgericht anrufen? Warum muß durch Art. 1 die Reichsverfassung interpretiert werden? Die Bestimmung des Einspruchsrechts der Bischöfe bei den Professoren der theologischen Fakultät verleihe das Grundrecht der Beamten. Sein Fraktionskollege Boelzig habe nicht, wie Abg. Heilmann in der Presse fälschlich behauptet hat, der Kurie einen Vertrag angeboten.

Abg. Dr. Linneborn (Z.) gibt die Erklärung ab, daß seine Fraktion den vorliegenden Entwurf in Barocke stelle zu den 1924 verabschiedeten Staatsverträgen über die Kirchenverfassung der evangelischen Landeskirchen. Demals hätten sich seine Freunde an der Debatte unter der Begründung nicht beteiligt, weil sie nicht in die innerkirchlichen Angelegenheiten der evangelischen Kirche nicht hineinmischen wollten. Das Zentrum behalte sich seine weitere Stellungnahme zu den Verhandlungen nach dem Gang der Aussprache vor.

Abg. König-Potsdam (Soz.)

weist darauf hin, daß die evangelische Kirche gegenüber der katholischen insofern im Vorteil liege, als sie seit 1906 und 1913 vom Staat Subventionen erhalten habe. Nur daraufhin sollten jetzt auch die Dotationen für die katholische Kirche nach dem Staatsvertrag erhöht werden. Es sei unmöglich, einer Religionsgesellschaft etwas zu geben, was der anderen vorenthalten werde.

Weder die Geistesfreiheit noch die staatliche Schulpflicht seien durch das Konkordat als gefährdet anzusehen.

In dieser Hinsicht sei der Vertrag so günstig ausgefallen wie nur irgend möglich. Die Deutsche Volkspartei, die als Hüterin der geistigen Freiheit und der staatlichen Hoheit auftritt, sollte sich einmal klar machen, wie 1922 ein Reichskonkordat ausgesehen hätte, das ihr Parteifreund, damaliger Kultusminister Dr. Boelzig abgelehnt hätte. Die Opposition gegen die Vorlage habe sich darauf eingestellt, was sie in dem Konkordat vermutet habe und nicht was darin steht. Artikel 1, der die ungestörte Religionsübung gewährleistet, sage nur etwas, was schon in der Reichsverfassung stehe. Ebenso seien die katholischen Fakultäten in der Reichsverfassung als bestehend anerkannt worden. Aber zwischen katholischen und evangelischen Theologieprofessoren bestehe ein großer Unterschied. Ein katholischer Hochschulprofessor sei von vornherein insofern Bindungen unterworfen, als er ohne Hören bleibt, wenn die kirchlichen Instanzen an seiner Beurlaubung Anstoß nehmen. Jedenfalls sei der vorliegende Vertragsementzr bedeutend günstiger als das bayerische Konkordat, als in diesem das gesamte Schulwesen unter den Einfluß der katholischen Kirche gestellt ist. Die sozialdemokratische Fraktion werde deshalb dem Entwurf zustimmen.

Abg. Dr. Kusländer (Konm.) polemisiert gegen die Regierung, die vier Jahre lang im Dunkeln mit der Kurie verhandelt habe. Es handele sich um eine wirtschaftliche Stabilisierung. Das Zentrum verdrängt deshalb auf Schulbestimmungen im Konkordat, weil es hoffe, daß die Koalitionsregierung im Reich ein Reichsschulgesetz annimmt.

Abg. Graue (Dem.) betrachtet das Konkordat als eine nationale Frage von größter Bedeutung. Die Rechte wolle aus tatsächlichen Gründen der jetzigen Regierung Schwierigkeiten machen. Voraussetzung für die Zustimmung der Demokraten war, daß in dem Vertrage nichts von der Schule enthalten ist. Diese Forderung sei erfüllt. Er müsse allerdings die Bedingung stellen, daß ohne Verzug Vereinbarungen auch mit der evangelischen Kirche geschlossen werden.

Abg. Helffermann (Wirtschaftsp.) erklärt, daß seine Fraktion alle Bestrebungen unterliehe, die kirchlichen Kräfte der christlichen Kirche zu stärken. Man könne der Kurie nicht verwehren, ihre Beziehungen zum preussischen Staat neu zu regeln. Das gleiche Recht stehe aber auch den evangelischen Kirchen zu. Seine Fraktion erwarte deshalb eine bestimmte Erklärung, daß die Regierung bereit ist, auf der Grundlage völliger Parität die Rechte der evangelischen Kirchen ebenso wie die der katholischen zu sichern.

Abg. Rube (Nat.-Soz.) lehnt für seine Freunde den Entwurf ab, da Änderungen nicht mehr möglich seien.

Damit ist die Aussprache beendet.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Stendel (D. Sp.) und Hesse (Z.) wird die Vorlage dem Hauptauschuß überwiesen.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Freitag, den 5. Juli, 12 Uhr. Tagesordnung: Zweite Lesung des Konkordats.

Rein Republikanismus mehr!



Wie wächst doch gleich der Heldennut, wenn man dabei nichts mehr riskiert!

Wer scheut die Öffentlichkeit?

Frankreich für Mandatsberatung hinter verschlossenen Türen.

Genf, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Die Mandatskommission des Völkerbundes, die zurzeit hier tagt, beschäftigte sich in ihrer ersten Sitzung mit den von der Völkerbundesversammlung erhobenen Forderungen auf Öffentlichkeit der Verhandlungen der Mandatskommission. Der Vertreter Frankreichs wandte sich sehr lebhaft gegen diese Forderung. Er betonte, daß man nur in vertraulichen Verhandlungen freimütig (!) sprechen könne. Die Kommission beschloß, wie bisher nicht öffentlich zu tagen, aber ihre Protokolle früher als bisher der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Wieder Militärdiktatur in Syrien.

Beirut, im Juni. (Eigenbericht.)

Die syrische Politik Frankreichs steht schon wieder einmal am Scheidewege. Den vorernten unterirdischen Einflüssen der katholischen Orden und der Militärs ist es gelungen, eine Krise zu schaffen, die aller Voraussicht nach das Gesicht der Völkerbundspolitik des Oberkommissars Bonjot und damit auch sein eigenes besiegeln wird. Anlässlich des Ausfalls der Wahlen in der Libanon-Republik, die mit einer Niederlage der Regierung und mit einem Siege der libanesischen Separatisten geendet haben, beginnen die Gegner der bürgerlichen Reformer und der Einheit Syriens zu einem neuen Vorstoß auszuholen, um ihren alten Lieblingsplan, der

Trennung Syriens in zwei Teile.

zu verwirklichen. Syrien soll hierbei eine Verfassung nach dem Muster des Irak erhalten, die Frankreich einen entscheidenden Einfluß auf das Parlament sichert, während die Zukunft des christlichen Libanon als „französisches Dominium“ nach der Art von Uster gedacht ist, um den Herrschaften und militärischen Einfluß auf die syrische Politik durch die Schaffung eines in sich geschlossenen christlichen Staates zu verewigen. Die Abhänger der reaktionären Elemente gehen auf die Errichtung von zwei Oberkommissariaten, eines für den Libanon und eines für das übrige Syrien aus, wobei wenigstens eins in die Hände eines Soldaten kommen soll. Bei der Propaganda für diese Idee wird immer wieder auf die Erfolge Frankreichs im Marokko im Vergleich zu dem Stillstand in Syrien hingewiesen. Damit soll ein Druck auf die Politiker des Quai d'Orsay für die

Wiedereinführung der Militärdiktatur

ausgeübt werden. Die Väter dieses Gedankens machen sich jedoch wenig Kopfzerbrechen darüber, ob eine Vorherrschaft der Militärs nicht wieder einen neuen syrischen Zustand in den Bereich der Möglichkeiten rückt.

Der Sekretär des Oberkommissariats Robert de Caiz, der als Vertrauensmann des Quai d'Orsay die Tätigkeit Bonjots in den letzten fünf Monaten aus der Nähe beobachtet hat und der als Gegner der politischen wie der wirtschaftlichen Methoden des gegenwärtigen Oberkommissars gilt, ist zur Berichterstattung über die notwendigen Verhandlungen der syrischen Verfassung bereits nach Paris abgereist, wohin auch Bonjot selbst berufen worden ist, um nach der allgemein verbreiteten Ansicht nicht wieder auf seinen Posten zurückzukehren.

England und die Räumung.

London, 1. Juli.

Wie Reuter erzählt, sind bisher keine Anweisungen an das Hauptquartier des britischen Besatzungsheeres in Wiesbaden über die Räumung ergangen. Nach derselben Quelle ist es aber angesichts der möglichen baldigen Zurückziehung der britischen Streitkräfte bezeichnend, daß die Anweisungen für die diesjährigen militärischen Übungen im Herbst nicht abgefaßt wurden.

Lord Cecil wird wieder Völkerbundsdelegierter.

London, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Es bestätigt sich, daß Lord Cecil im kommenden September der britischen Delegation zur Völkerbundesversammlung angehören wird.

Lord Cecil ist Mitglied der konservativen Partei. Vor zwei Jahren trat er als Minister zurück, da er die von der konservativen Regierung eingeschlagene Politik in der Abrüstungsfrage und insbesondere die Instruktionen mißbilligte, die er auf der Seeabrüstungskonferenz von London aus erhalten hatte.

Kurswechsel in Japan.

Chinafreundlichere Politik?

Tokio, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Das japanische Kabinett ist auf Grund innerpolitischer Meinungsverschiedenheiten zurückgetreten. Die neue Regierung wird voraussichtlich unter Führung des Grafen Yamamoto gebildet werden. Yamamoto war bereits zur Zeit des großen Erdbebens japanischer Ministerpräsident. Als Außenminister wird Baron Shigahara genannt, der als eifriger Befürworter einer Abrüstungseinschränkung und einer japanisch-chinesischen Annäherung gilt.

Verbandstag der Buchdrucker.

Die neuen Vorstehenden.

Als 1. Verbandsvorsitzender wurde an Stelle des verstorbenen Vorstehenden Joseph Selch der bisherige 2. Vorsitzende Otto Krauh, Berlin, gewählt und als 2. Verbandsvorsitzender Richard Barth, Berlin.

Nach Abschluß einer geschlossenen Sitzung referierte Albrecht Fülle, Berlin, über die Lehrlingsfrage.

Seit der Gründung der Lehrlingsabteilung wurde energisch das Ziel verfolgt, einen tüchtigen, gefunden gewerkschaftlichen Nachwuchs zu erzielen, der allen modernen Fragen vernünftig und mit Tatkraft gegenübersteht. In den 8 1/2 Jahren des Bestehens der Lehrlingsabteilung ist der Weg immer aufwärts gegangen. Bislang sind aus ihren Reihen rund 24 000 Verbandsmitglieder hervorgegangen, von denen die ersten jetzt in Funktionärsstellungen hineinwachsen. Da macht sich besonders die lebhafte Wirkung der Arbeit in der Jugendfrage bemerkbar. Die Lehrlinge werden nicht nur zu guten Fachleuten, sondern selbstverständlich zu guten Staatsbürgern und Gewerkschaftlern erzogen. Auch die Prinzipale profitieren von dieser Erziehungsarbeit. Im Sinne der Lehrlingsordnung hat das Jahr 1928 die entscheidende Wendung gebracht. Rund vier Fünftel aller Kommern, denen 90 Prozent aller Buchdruckerlehrlinge unterstehen, wurden bisher gewonnen. Es liegt somit genügend Material über die Durchführung der Lehrlingsordnung vor, daß immer mehr Zweifler von ihren Vorteilen überzeugt werden.

Lehrlingszucht und Ausbeutung

Sowohl mangelhafte Ausbildung waren mehr als man glaubt trotz Einführung der Stoffe an der Tagesordnung. Oft wurde die Ueberforderung der Lehrlingsstapel von den eigenen Kollegen geduldet, ja gefordert. Ebenso stand es mit der Frage des Kostgeldes und des Lehrlingsurlaubes. Mit der stärksten Einführung der Lehrlingsordnung kann man nun solchen Verstößen kräftiger zu Leibe rücken. Daneben sind natürlich die torrifischen Bindungen aufrecht zu erhalten. Die Bestimmungen über Einstellung des dritten Lehrlings und über die Volontärfrage müssen beseitigt werden. Die Aussichten für eine Herabsetzung der Stoffe sind ungenügend; wir haben bereits gegenüber anderen Berufen einen wesentlich geringeren Prozentsatz von Lehrlingen. Das Bestreben, eine weitere Beschränkung im Zugang zum Gewerbe herbeizuführen, stößt bei Behörden und an den übrigen beteiligten Stellen auf unüberwindlichen Widerstand.

Der Zugang zum Buchdruckgewerbe

Ist besonders groß, weil die Lehrlingsbedingungen dort besser sind als anderswo, und vor allem auch, weil aus bürgerlichen Schichten viele junge Leute kommen, die das Buchdruckgewerbe den anderen handwerklichen Berufen vorziehen. Lehrlinge, die ihre Gehilfenprüfung nicht bestanden haben, und die nun einer anderen Firma überwiesen und dort zum Gehilfenarbeitsbeschäftigt werden, sollen in der Praxis dort nicht mehr als Lehrling gezählt werden. Allerdings darf die frühere Firma solange keinen neuen Lehrling einstellen.

Mit den Fachauschüssen, die über solche Vorgänge wachen, steht und fällt die Lehrlingsordnung. Man muß erstreben, daß in diesen Ausschüssen nur Vertreter der tariflich gebundenen Verbände sitzen, sonst wird die gute Auswirkung der Ordnung illusorisch.

Die Frage der Zwischenprüfungen ist von großer Wichtigkeit, da man sie oft zur Umgehung der Stoffe benutzt. Die Lehrlingsordnung kann sich nur auswirken, wenn alle Beteiligten sich für sie einsehen.

Baummeister als zweiter Berichterstatter betonte die Schwierigkeit des Amtes als Jugendleiter. Der „Jungbuchdrucker“ ist eine der besten Jugendzeitschriften. Der Guttenberg und muß als beachtlicher Konkurrent auf dem Gebiete der Lehrlingsbildung gewertet und beachtet werden. Man kann nicht genug auf die Nachrichten dieser Dunkelkammer hinweisen. Es ist empfehlenswert, jüngere Kollegen zur Bildungsarbeit heranzuziehen, vor allem auch ein Jugendsekretariat zu schaffen. Der „Jungbuchdrucker“ muß in den Verlag des Buchdruckerverbandes übergeführt werden.

Die Jugendarbeit

Barth (Berlin) bittet, der Jugendarbeit größere Aufmerksamkeit zu schenken. Man soll den Lehrling als den zukünftigen Kollegen behandeln. Hoffmann (Dresden): Der ADGB muß dafür sorgen, daß das Berufsausbildungsgesetz endlich beraten und angenommen wird. Erst dann kann die Lehrlingsordnung vollkommen durchgeführt werden. Bei der Berufsberatung dürfen die Kollegen sich nicht beiseite drängen lassen. Präter (Kiel): Der Verbandsvorstand soll für eine Kostenregelung Sorge tragen.

Drehler (Berlin): Wenn man den „Jungbuchdrucker“ aus dem Verlag des Bildungsverbandes herausnehmen würde, würde man einen Kopfsteck des Bildungsverbandes entfernen. Auch im Bildungsverband behält der „Jungbuchdrucker“ seine klare und bestimmte erzieherische Richtung.

Vorsitzender Krauh: Ein eigenes Jugendsekretariat braucht nicht geschaffen zu werden. Im Kollegen Falle besitzt der Verband bereits eine zentrale Jugendleitung.

Es wird beschlossen, das wichtige Gebiet der beruflichen Erziehungsarbeit in Zukunft noch stärker zu bearbeiten, und zwar in enger Verbindung mit den geeigneten Stellen, besonders mit dem Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, den Sporten, den Fachauschüssen und den Fachschulen.

Ferner unverzüglich Schritte gegen das Lehrlingsunwesen und die Ueberarbeit zu unternehmen.

Anschließend referierte Kollege Schoeffler über

Die Redaktion des „Korrespondent“.

Das Verbandsorgan werde sich so wie bisher, wenn möglich noch stärker, für den Deutschen Buchdruckerverband einsetzen. Der „Korrespondent“ vertritt eine einheitliche Verbandspolitik. Ein parteipolitisches Dogma sei noch niemals für die Redaktion maßgebend gewesen.

Söldner (München) empfiehlt Schaffung von Beilagen. Wunderlich (Berlin) gibt einige Anregungen. Grundsätzliche Fragen sollen auf möglichst kurzen Raum beschränkt zusammengefaßt werden. Fröbel (Döbeln) will die Gaubetriebe geführt wissen. Danzen (Köln) spricht der Redaktion sein Vertrauen aus.

Drehler, Berlin, erstattet das Referat

für den Bildungsverband.

Die Fortbildung des Arbeitnehmerturns sei die Grundlage, auf der Erfolge errungen werden können. Die Tätigkeit des Bildungsverbandes sei sehr vielfältig. Die allgemeine Bildungsarbeit müßte mehr konzentriert werden. Die Bildungsbestrebungen außerhalb der Einheitslichkeit, sowohl in der Jugend, wie der Erwachsenenarbeit. Die Frage der Lehrausbildung sei mit besonderer Sorgfalt zu behandeln. Berufskollegen müssen als Lehrkräfte heran-

Diskussion der Eingeborenenfrage.

In Genf und in Brüssel.

Den von uns auszugewiesene wiedergegebenen Darlegungen des indischen Arbeiterdelegierten Joshi zum Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamts in Nr. 299 des „Vorwärts“, lassen wir die des englischen Arbeiterdelegierten Boulton folgen. Boulton setzte sich ganz besonders für die Arbeiterschaft des fernsten Ostens ein. Obwohl Boulton die im Rahmen des I.A.A. erzielten Resultate nicht unterschätzen will, kann er sich doch nicht mit dem Tempo der Entwicklung zufrieden geben: „Ich bin weit davon entfernt, die in Europa oder außereuropäischen Ländern erzielten Fortschritte befriedigend zu finden. Ich möchte die von Joshi und anderen Rednern gemachten Ausführungen über das langsame Tempo des Fortschrittes unterstreichen. Ich hoffe, daß nicht nur der Verwaltungsrat des I.A.A., sondern

auch die Regierungen und Unternehmer

die Ausführungen Joshis beachten und die Sozialgesetzgebung nicht nur in Indien, sondern auch in China und Japan vorwärtsstreben werden. Die Arbeiter des fernsten Ostens dürfen nicht vorgeblich nach dem Westen sehen. Wie ernst das ganze Problem ist, zeigt gerade die erschreckende Arbeitslosigkeit nicht nur in den sogenannten alten Ländern, sondern auch in neuen Ländern wie Australien und Neuseeland, wo die Arbeitslosigkeit 10 Proz. beträgt. Die Arbeitslosigkeit ist ein Weltproblem. Dem Bericht des Direktors zufolge hat die Arbeitslosigkeit im Jahre 1928 im Vergleich zu 1927 sowohl im Hinblick auf die Durchschnittszahl der Arbeitslosen während des Jahres als auch die Zahl der Arbeitslosen am Ende des Jahres wieder zugenommen. Dies kann eine Sachlage zur Folge haben, die, wenn sie nicht berücksichtigt wird, eine Bedrohung der ganzen Welt bedeutet.“

Von der anderen Seite aus

betrachtet, das heißt mit den Augen der an der Niederhaltung und Ausbeutung der Eingeborenen in den Kolonien interessierten Schichten, stellen sich die Dinge dar, als nach den trübschen Betrachtungen der Arbeitervertreter beim Internationalen Arbeitsamt.

gebildet werden. Sonst sei in absehbarer Zeit kein Berufskollege mehr Fachlehrer. Die Lehrlingsorganisationen sollen versuchen, in Kontakt zu kommen mit den jungen Leuten, die zum Beruf kommen mit einer besseren Schulausbildung. Die Erziehungsbildung müsse planmäßig beginnen, doch soll die Weiterbildung nicht übersteigert werden. Lichtbildwesen und Rundfunkwesen seien besonders bevorzugt. Das Verlangen nach Vorträgen sachtechnischer Art sei gestiegen im Gegensatz zum Bedürfnis nach Vorträgen allgemeinerer Art. Der Wille zur Berufsbildung sei vorhanden. Dem Juge der Zeit folgend wurden Photokurse und solche auf anderen Gebieten eingerichtet.

Tagung der Behördenwertmeister.

Der Deutsche Wertmeisterverband hielt am 28. und 29. Juni in Berlin die 4. Reichstagung für seine Fachgruppe der Beamten und Behördenangestellten ab. Die sich mit wichtigen beruflichen und organisatorischen Fragen der Beamtenwertmeister und technischen Betriebsbeamten im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst beschäftigte. Der Tagung wohnten als Gäste eine Anzahl von Vertretern der befreundeten und Spigenorganisationen sowie der sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsfraktionen, u. a. Genosse Aufhäuser vom I.R.-Bund, Genosse Falkenberg vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, beide zugleich auch als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, und die Genossen Jachert und Simon vom Preussischen Landtag.

Der Reichsgruppenleiter Genosse Rothe, der einen eingehenden Bericht von der Tätigkeit der Fachgruppenleitung seit dem 3. Fachgruppentag in Mainz gab, konnte mitteilen, daß diese Fachgruppe jetzt mehr als 10 000 Mitglieder zählt. Sie ist damit innerhalb des 130 000 Mitglieder umfassenden Deutschen Wertmeisterverbandes zu einem wichtigen Faktor der Organisation geworden. Die Agitationsstätigkeit der Fachgruppenmitglieder darf aber nicht erlahmen, da noch Tausende von beamteten Wertmeistern und technischen Betriebsbeamten außerhalb der Organisation stehen und noch für sie gewonnen werden müssen. Einen nam-

das Berechtigungswesen

ein, das zu einem Berechtigungsunwesen auszuarten scheint. Mit aller Entschiedenheit wandten sich die Delegierten gegen die Absichten, den Aufstieg der Behördenwertmeister in die gehobene militäre Beamtenlaufbahn von schulmäßigen Prüfungen abhängig zu machen. Der Wertmeister ist als ein Mann der Praxis anders zu werten als ein reiner Verwaltungsbeamter. Seine Vorbildung muß eine gute Lehre und Gesellenpraxis sein. Für seine Beförderung müssen seine praktischen Kenntnisse entscheidend sein und nicht etwa die genaue Kenntnis der Geschichtszahlen und ähnlicher „Wissenschaften“.

Im Zusammenhang mit dieser Frage wurde auch das Befeldungswesen behandelt. Mit Ausnahme der Befeldungsregelung in einigen großen Kommunen haben die Wertmeister in den Befeldungsordnungen nicht den Platz, der ihnen auf Grund ihrer verantwortlichen Stellung in den gemeinnützigen und Wirtschaftsbetrieben der Behörden zukommt. In der anschließenden Diskussion zu dieser Frage wurden Fälle vorgetragen, wo infolge der schematischen Anwendung der Befeldungsordnungen Wertmeister in Gehaltsklassen eingruppiert wurden, in denen sie nach der „Befeldung“ noch weniger verdienen als die ihnen unterstellten Lohnarbeiter. Von der Reichsgruppenleitung wurde vorgeschlagen, ihr Möglichstes zu tun, um durch Rücksprache mit den Behörden und Parlamentsvertretern

die Härten in der Befeldungsordnung

zu beseitigen. Zur Frage des Beamtenrechts wurde nach eingehender trübscher Stellungnahme folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

„Der am 28. und 29. Juni 1929 in Berlin tagende 4. Reichstagsgruppentag der Reichsgruppen 20 des Deutschen Wertmeisterverbandes erkennt in vollem Maße die tatkräftige und zielbewusste Arbeit des ADGB, unserer Spigenorganisation, für die Verwirklichung eines neuzeitlichen Beamtenrechts, insbesondere eines einheitlichen Reichs- und Landesrechts, einer gleichmäßig fest verankerten Beamtenvertretung, sowie geistlich geregelter Dienstzeit und einer zeitgemäßen Gerichtsbarkeit, an. Er erachtet die Beamtenabteilung, im engsten Einvernehmen mit der Spigenorganisation erneut mit allen Mitteln zu versuchen, in der bisherigen Weise diese so außerordentlich bedeutungsvollen Fragen einer akuten, die gesamte Beamtenenschaft befriedigenden Lösung zuzuführen.“

Zum Schluß erwiderte die Tagung, die von einer vorbildlichen Solidarität gegenüber den Wertmeistern der Privatindustrie und den gesamten freigewerkschaftlichen Arbeitern, Angestellten und Beamten besetzt war, innere organisatorische Angelegenheiten und Anträge.

In Brüssel tagt zurzeit das Internationale Konsozialinstitut unter Beteiligung von Vertretern aus Frankreich, England, Italien, Spanien, Portugal, Holland und Belgien. Die Verhandlungen betreffen vor allem Fragen der Organisation der Eingeborenenarbeit, die repräsentativen Versammlungen in den afrikanischen Besitzungen usw.

Bereits in der Eröffnungsitzung, die mit einer Rede des Prinzen Leopold von Belgien eingeleitet worden war, empfahl der belgische Ministerpräsident Jaspar „äußerste Vorsicht“ bei dem Problem der Teilnahme der Eingeborenen an den Erziehungsgewalten zu lassen.

Bei den späteren Beratungen über die Fragen der Eingeborenenarbeit und ihrer Organisation wurde von verschiedenen Seiten Kritik geübt an der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts in Genf, besonders gegen jede niederkletternde Reglementation in kolonialen Angelegenheiten.“

Der holländische Vertreter Schumann brachte sogar die Ansicht zum Ausdruck, daß in der Mehrzahl der Kolonien die heute geltenden gesetzlichen Vorschriften über die Eingeborenenarbeit dem gegenwärtigen Entwicklungszustand der betreffenden Kolonien entsprächen.

Die Herrschaften müßten sich klar darüber sein, daß kein „gegenwärtiger Entwicklungszustand“ doch nichts anderes ist als der Zustand, den sie, auf ihre Macht gestützt, herbeigeführt haben. Aber auch darüber, daß die Eingeborenen begonnen haben, sich über diesen Zustand ihre eigenen Gedanken zu machen und vorzujagen, darüber hinauszukommen zu einem höheren Entwicklungszustand, in dem ihre berechtigten Ansprüche als Menschen wie als Arbeiter die nötige Beachtung finden.

Es wäre eine der Kulturnationen würdige Aufgabe, diesen sich anbahnenden höheren Entwicklungszustand zu begünstigen. Sie überlassen dies den Arbeitervertretern. Deren Auftreten in Genf fällt den Interessenten auf die Nerven. Deshalb die Kritik an der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts. Aber die Herren, die mit Steinen werfen, sitzen im Glashaus!

Der Textilarbeiterverband flagt.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes schreibt uns: Es wird niemand verlangen — außer der „Roten Fahne“ —, daß wir uns mit notorischen Verleumdern in der Presse auseinandersetzen. Wir werden der „Roten Fahne“ samt ihrem Kronzeugen Schulze Gelegenheit geben, ihre Anschuldigungen vor Gericht zu beweisen.

Wenn der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Jahre 1926 Klage unterlassen hat, so nur aus dem Grunde, um Schulze wirtschaftlich nicht vollständig zu ruinieren. Nachdem er jetzt glaubt, seine Taten seien verjährt, beweist er sich als echter Renegat, indem er alte Anschuldigungen erneut erhebt, trotzdem sie von allen Verbandsinstanzen als unbegründet zurückgewiesen worden sind.

Nachdem sich die „Rote Fahne“ zum Sprachrohr Schulzes hergegeben hat, wird sie sich ja auch der gerichtlichen Auseinandersetzung mit uns nicht entziehen. Wir erwarten, daß in diesem Falle der Redakteur auf seine Immunität verzichtet und der Wunsch der „Roten Fahne“ nach einer „konkreten, sachlichen“ Antwort kann auf dem schnellsten Wege erfüllt werden.

Verbandstag der Kupferschmiede.

Die Generalversammlung der Kupferschmiede in Hannover wählte den bisherigen Vorstand wieder: Jahrmarkt 1. Vorsitzender, Junghans 2. Vorsitzender und Raabe Kassierer. Auch der Zentralausschuß wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wieder gewählt. Erhöht wurden die Unterstufungen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit sowie die Unterstufungen für Jugendliche, ferner die Streik- und Gemahregelungenunterstützungssätze. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages zu Ende.

Internationale Jugendschulaktion.

Der Internationale Gewerkschaftliche Ausschuh für Arbeiterbildung und Jugendprobleme sahte dieser Tage in Amsterdam unter dem Vorh. Fassendachs zur Bildungsarbeit des IGB. eine Reihe wichtiger Beschlüsse. Die Hauptaufgabe aller gewerkschaftlichen Bildungsarbeit soll in einer energischen Aktion der Landeszentralen zur Durchführung der Jugendschulaktion bestehen. Zur Förderung der besonderen Ausbildung des Nachwuchses für die gewerkschaftlichen Aufgaben werden die Landesgewerkschaftszentralen zu jährlicher Berichterstattung über Art und Umfang der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit verpflichtet.

In den Vorstandssitzungen der gewerkschaftlichen Internationalen werden künftig regelmäßig Fragen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in Anwesenheit eines Vertreters des Internationalen Ausschusses behandelt. Lehrpläne, Leitsätze und anderes Material werden vom IGB. allen Landeszentralen einheitlich zugefandt. Zu bestimmten Zeitpunkten finden internationale gewerkschaftliche Jugendschulaktionen von etwa einer Woche Dauer statt. Schließlich soll ein Austausch jüngerer Gewerkschaftsangehöriger zwischen verschiedenen Ländern zu gegenseitigem Studium der Sprache und der Gewerkschaftsbewegung eingeleitet werden.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Beitr. Dienstag, 19. Uhr tagen die Gruppen: Spandauer Gruppenheim, Göbl. Jugendheim, Lindenauer 1. Heimbesprechung, Verbandsbuchkontrolle. — Frankfurter Allee: Gruppenheim, Göbl. Jugendheim, Linauer Str. 18. Heimbesprechung, Eintritt nur mit Verbandsbuch und Heimausweis. — Neu-Lichtenberg: Jugendheim Gunterstr. 43. Heimbesprechung. Ohne Verbandsbuch und Heimausweis kein Zutritt. — Randsbeger Weg: Jugendheim Pichelmeyerstr. 3. Heimbesprechung, Kontrolle der Verbandsbuchkontrolle. — Marienbof: Jugendheim Marienbof, Torstr. 7. Heimbesprechung und Vorkonferenz. Beirat Verbandsbucher und Heimausweise mit. — Treptow: Gruppenheim, Schule Wilmersbuder. 30-34 (Gortzimmer). Heimbesprechung. Ohne Verbandsbuch und Heimausweis kein Zutritt. — Humboldt: Jugendheim Baum. 40. Vorkonferenz. Heimbesprechung, Verbandsbuchkontrolle. — Drei Spielern ab 18 hr: Charlottenburg auf dem Spornich Sophie-Charlotten-Platz. — Schöneberg auf dem Spornich „Am Urban“.

Jugendrat des Zentralverbandes der Anwohner

Beitr. Dienstag, 18. Uhr folgende Veranstaltungen: Kochwerk: Jugendheim Schiller Str. 18-19. Heimbesprechung, Anschließend werden mit unfernen neuen-Wimpel ein. — Der Lebensabend des Spred- und Bewegungsdors fällt aus.

Verantwortlich für Text: Dr. Curt Geure; Wirtschaft: G. Klingelbeiler; Gewerkschaftsbewegung: Frick, Klotz; Kultur: Paulsen; G. John Schlemmer; Erfolge und Konflikte: Frick, Klotz; Angewandte: Th. Glode; Unterricht in Berlin: Berlin: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Friedr. Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung Carl Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Die 1. Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.



Massagegehilfin gesucht.

Im Norden.

In einem jener alten, dichtbedeckten Häuser, wo die Kinder scharenweise im Hausflur, im trostlosen Hofe und vor der Tür ihren einzigen Spielplatz besitzen, wohnt ebenfalls eine Massage-saloninhaberin. Auf mein Rufen öffnet mir eine kleine, gut bürgerlich aussehende Frau, die ich natürlich nicht im Traum für „diejenige, welche“ halte. Ich frage nach der Geschäftsinhaberin. „Der bin ich,“ meint sie mit trauerlichem Augenaufschlag. „Kommen Sie man rein, Fräuleinchen.“ Ich trete in ein Zimmer, das vollkommen dem Typ der Frau entspricht. Gutbürgerlich, oder eigentlich kleinbürgerlich bis ins äußerste, angefangen von den geschmacklosen Delphinchen an der Wand, über den reichgeschmückten Sofa-Limbau bis zu den unzähligen Decken und Deckchen an allen möglichen und unmöglichen Stellen. Auf ihre Aufforderung setze ich mich und denke so im Stillen: „Ob dein selbiger Mann das alles weiß?“ Und schon sehe ich sie im Geiste vor Jahren mit Mann und Kindern traulich um den Familientisch sitzen. „Na, Fräuleinchen, nu nehmen Sie doch mal den Hut runter.“ Mit diesen, schon an ähnlicher Stelle gehörten Worten reißt sie mich aus meinen moralisierenden Reflexionen. Zweite Frage: „Wie alt sind Sie denn?“ Antwort: „28 Jahre.“ „Sie sehen aber viel jünger aus, der brauchen Sie kee'n zu erzählen.“ Diese ist bedeutend fortläuter, scheinbar ist hier das Angebot viel spärlicher. „Haben Sie denn nu schon massiert?“ „Ja.“ „Kommt ja ooch jarnich so druff an, Hauptsache, Sie sin' nett und selbstig. Na, Sie verstehen doch, was ich meene. Wir ham hier lehr schone zu tun, jellern hab id alle Frau sogar noch meine 18 C mchen nodient. Aber id will det jarnich, det sollen Sie und det andere Fräulein haben.“ Bei diesen Worten tritt das „andere Fräulein“ ein, eine schwarzhaarige Berolina im tief-ausgeschnittenen Kleide, viel, aber schlecht geschminkt. Sie maultert die „Kollegin“ und meint: „Ah, Sie sin' ja ooch schwarz?“ (Die Konkurrenz erweist ihr unjampathisch.) Eine Wiesmaderin von reinstem Wasser, die Chefin läßt sich aber dadurch nicht betirren und ist entschieden für die Konkurrenz. „Haben Sie denn ooch so een paar hübsche, lustige Kleider, Fräuleinchen? Nur hell und lustig und bequem, det is die Hauptsache. Und nodienten können Sie jenuch. Wir machen det so: wenn einer kommt — bei mir kommen nur Herrn — dann muß er zuerst bezahien, Nachher, det is nicht. Dann hot er kee'n Geld, oder kee'n Zeit, und wir sin' keele. Also, zuerst wird bezahlt bei mir, aber in Ihre Bejehewart. 5 Mark, 10 Mark, je nachdem. Und von det Geld, da kriegen Sie 40 Prozent. Also bei 5 Mark macht det 2 Mark, bei 10 Mark 4 Mark. Wenn Se tüchtig sin' und die Käste sin' zutriden, da können Se noch leht, in de stille Reizezeit, mit Ihre 20 Markter noch Hauje jehn. Dienst is morgens von um Zehne bis oberids halb Achte.“ „Durchgehend, ohne Mittagszeit?“ unterbrach ich ihren Redeschwall. „Eßen können Se bei mir. Ich geh' Ihnen for 75 Pfennige det Mittag, id will doch an Sie nicht nodienten!“ Alles war gesagt, zum Schluß meinte sie: „Sie können leich da bleiben, Fräuleinchen.“ So eilig hatte ich es denn doch nicht.

Bei der heutigen Berufsnot und dem spärlich besetzten Stellenmarkt nehmen Inserate dieser Art immer einen ziemlich großen Raum in Anspruch. Und so manche, die vor dem Nichts steht, nicht aus und nicht ein weiß und nicht die genügende Bemüht besitzt, die unabsehbaren Folgen ihres Schrittes zu bedenken, wird zugreifen. So sollen diese Zeilen eine dringende Warnung sein vor dem Beruf einer Massagegehilfin. Abgesehen von dem fürchterlichen moralischen Tiefstand, treibt hier immer nur der Weizen der ausbeutenden „Bordellmutter“ volle Blüten.

Ueber das Wesen und die nähere Bedeutung vieler der zahlreichen Massage-salons, die in allen Stadtbezirken wie Pilze aus der Erde schießen, braucht wohl keine erläuternde Beschreibung mehr gebracht zu werden: Prostitution, die unter fremder Flagge segelt! Interessant und lehrreich aber ist die Art, wie diese „Geschäftsinhaber“ ihr Personal engagieren.

Im Westen.

Man kommt in eine der stillen Seitenstraßen, wo Häuser mit hübschen Ballons oder Vorgärten dem Straßenbild eine wohlthuend ruhige Note verleihen. Man tritt in eine mehr oder minder elegante Wohnung — je nach dem Florieren des Betriebes präsentiert sich das äußere Bild — einseitlich aber herrscht ein stark ausgeprägter Sinn für Behaglichkeit. Eine resolut wirkende Dame mit sonnenfarbenerm Haar, durchdringenden Augen und weit ausladenden Körperformen öffnet die Türe. Ihr erstes, scharfwägender Blick non oben bis unten und wieder zurück enthält bereits das Resultat der Eignungsprüfung. Jetzt kommen noch ein paar mündliche Examina: „Wie alt sind Sie?“ Antwort: „28 Jahre.“ „Hm, ein bißchen alt, id engagierte eigentlich nur Damen bis 20. Bitte, nehmen Sie den Hut ab. Ach, schwarz sind Sie? Blond wäre mir lieber, jeder will nämlich blond haben.“ Hier staht die Angeprochene. Denn was hat schließlich die Haarfarbe der Masseuse mit ihrer Arbeitsleistung zu tun. „Sie haben für Ihre Figur eigentlich zu trätige Beine!“ Hier mochte ich denn doch den schüchternen Einwand, was denn all dies mit meiner Tätigkeit zu tun hätte? „Meine Kunden geben lehr viel auf ein gutes Aeußeres“ war die Antwort. Der Blick aber sprach: „Bist wirklich so doof, oder verstehste dir bloß? Jedenfalls zeigste mir die Chefin in spe daraußhin vorsichtshalber die Stätte meines Wirkens, einen luxuriös ausgestatteten Boderaum mit vielen und überall angebrachten Spiegeln, toiletten Bildern, Fläschchen und Flacons en masse usw. Dann waren da noch ein Höhenlommennapparat und einige Massagegeheife. Auf meine Frage nach den Verdienstmöglichkeiten erhielt ich die Versicherung, daß hier nur „allererstklassiges Publikum“ verkehrt, Damen und Herren aus den besten Kreisen, und wenn ich mich geschickt anstelle, so könnte ich auch lehr gut verdienen. „Wieviel denn so ungefahr pro Tag?“ war meine Frage. „Ja Gott, das ist bei solchem Betrieb natürlich ganz verschieden. Jetzt ist Reizezeit, da sind meine Herrschollen vieloch weg, und es ist etwas ruhiger. Aber trotzdem, so auf 30 bis 40 Mark können Sie kommen.“ Die Bitterstang allerdings mehr als verlockend, aber mein gesunder Menschenverstand warnte mich denn doch nachdrücklich vor solchem Experiment.

Diener von Staat und Volk.

Ansprache des Polizeipräsidenten an neue Offiziere.

Im Berliner Polizeipräsidentium fand heute die Anstellung einer Reihe von nach Berlin versetzten Polizeioffizieren aller Dienstgrade statt. Bei dieser Gelegenheit richtete der Polizeipräsident Jürgel an die neuen Offiziere eine bemerkenswerte Ansprache.

Nach kurzen Worten der Begrüßung wies er darauf hin, daß die von außerhalb hierher versetzten Polizeioffiziere in Berlin ganz andere Verhältnisse vorfinden, als sie sie in der Provinz kennengelernt hätten und daß der Dienst in Berlin ganz andere Anforderungen an den Polizeioffizier stelle. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse fänden in der Reichshauptstadt einen stärkeren Ausdruck und das politische Leben habe andere Formen. Allen diesen Lebensäußerungen der Bevölkerung müsse die Polizei mit größter Objektivität gegenüberstehen, und sie dürfe sich in ihren Handlungen nur von dem Grundfah leiten lassen, Diener des Publikums und Diener des Staates zu sein.

Wenn auch dem Polizeioffizier wie jedem einzelnen Staatsbürger das Recht der freien politischen Meinung zustehet, so gebiete es doch nach zehnjährigem Bestehen der Republik für den Polizeioffizier, dem heutigen Staate nicht nur loyal gegenüberzutreten, er müsse vielmehr aus innerster Ueberzeugung dem Staate dienen. Wer das nicht könne, solle ehrlich genug sein, die Konsequenzen zu ziehen. Weiter betonte der Polizeipräsident, daß er außerordentlich großen Wert auf ein gutes Verhältnis zwischen Polizei und Presse lege, da Polizei und Presse zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit aufeinander angewiesen seien, und sprach schließlich noch über das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, das bei aller Wahrung der nun einmal notwendigen Disziplin durchaus kameradschaftlich sein müsse; insbesondere müsse der Untergebene im Vorgesetzten den Förderer und wohlwollenden Berater in allen Räten und Bedrängnissen sehen.

Der Mord an der Händlerin.

Schwierige Arbeit der Polizei.

Trotz aller Bemühungen der Berliner Mordkommission ist es noch nicht gelungen, den Mord an der 39jährigen Eigentümmerin Johanna Senger aufzuklären. Der jüngste Bruder der Ermordeten, Alfons S., ist unter dem Verdacht der Täterschaft in Gewahrsam genommen worden. Bisher haben sich jedoch noch keine bestimmten Anhaltspunkte dafür ergeben, daß er die Schwester ungebracht hat.

Bei der Vernehmung der Familienangehörigen und der zahlreichen Zeugen enthüllte sich geradezu eine Welt von Widersprüchen und Klatschgeschichten, bei denen das Wahre von Uebertreibung und Dichtung schwer voneinander zu halten ist. Der verhaftete Alfons S. gibt offen zu, daß er gegen die Schwester einen starken Haß gehegt habe. In der Nacht zum Sonnabend, der Mordnacht, will er betrunken nach Hause gekommen sein; verschiedene Zeugen behaupten aber mit Bestimmtheit das Gegenteil. Der junge Mann gibt auch zu, nachts über die Trennungsmauer geprüngt zu sein, wie es häufiger auch bei anderen Familienmitgliedern vorgekommen sei, wenn sie den Torschlüssel vergessen hatten. Für die trübselige Zeit hat er ein Alibi angeboten, das von den Kommissaren Lobbes und Estler zurzeit noch eingehend geprüft wird.

Gestern nachmittag fand im Schauhause die Sektion der Ermordeten statt. Der Befund bestätigte die erste Annahme, daß der Tod durch Zertrümmerung des Schädels eingetreten sei. Es wurden acht Schläge festgestellt, die mit einem stumpfen Instrument, wahrscheinlich dem Pflasterstein, geführt sein müssen. Die Untersuchung der Mordkommission nimmt ihren Fortgang, es sind aber noch keine neuen Ergebnisse zu verzeichnen.

Jack London:

Lochruf des Goldes

(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus).

„Ich möchte sie so gern heiraten, aber ich bin bange. Ich bin stolz und gedemütigt zugleich darüber, daß ein Mann wie Sie sich etwas aus mir macht. Aber Sie haben zu viel Geld. Das ist der Punkt, wo mein gräßlich gesunder Menschenverstand ein Wort mitsprechen will. Selbst wenn wir uns wirklich heirateten, so würden Sie nie mein Mann — mein Geliebter und Gatte — sein. Sie würden den Mann Ihres Geldes sein. Ihr Geld besitzt Sie, nimmt Ihre Zeit, Ihre Gedanken, Ihre Energie, alles in Anspruch, gebietet Ihnen, hierhin und dorthin zu gehen, dies und jenes zu tun. Sehen Sie das nicht ein? Ja, ich fühle, daß ich sehr lieben, viel geben — alles geben kann; aber dagegen verlange ich auch, zwar nicht alles, aber viel — viel mehr, als Ihr Geld zulassen würde.“

„Ich liebte Sie schon, als ich Sie noch gar nicht kannte, als Sie eben erst aus Alaska gekommen waren. Sie waren mein Held. Sie waren der Burning Daylight, der Goldgräber, der kühne Reisende und Pionier. Und Sie sahen danach aus. Ich glaube nicht, daß eine Frau Sie ansehen konnte, ohne Sie zu lieben — damals. Aber jetzt sehen Sie nicht mehr so aus.“

„Bitte, bitte, verzeihen Sie mir, wenn ich Sie verleihe. Diese ganzen Jahre hindurch haben Sie unnatürlich gelebt. Sie, ein Mann, der hinausgehört, haben sich selbst eingemauert in die Stadt. Sie sind nicht mehr derselbe, und Ihr Geld verdirbt Sie. Sie sind nicht mehr so gesund, nicht mehr so rein. Das kommt von Ihrem Gelde und Ihrer Lebensweise. Und das wissen Sie selbst. Ihr Körper ist nicht mehr der alte. Sie sind stark geworden. Sie sind nett und freundlich zu mir, das weiß ich, aber Sie sind nicht mehr nett und freundlich zu aller Welt, wie Sie es damals waren. Sie sind hart und grausam geworden. Die Grausamkeit ist nicht nur in Ihrem Herzen und Ihren Gedanken, sie steht auch auf Ihrem Gesicht geprägt. Sie hat ihre Linien darin einge-

graben. Sie fangen an, brutal zu werden und an Wert zu verlieren. Und diese Entwicklung muß immer weitergehen, bis Sie hoffnungslos verdorben sind.“

Er versuchte sie zu unterbrechen, aber sie ließ ihn nicht zu Worte kommen, sondern fuhr atemlos und mit zitternder Stimme fort: „Rein, vein, lassen Sie mich aussprechen. Ich habe in all diesen Monaten nichts tun können als denken, denken, denken, seit wir gemeinsam miteinander ausritten — und jetzt, da ich einmal angefangen habe, will ich auch alles sagen, was ich solange mit mir herumgetragen habe. Ich liebe Sie, aber ich kann Sie nicht betreten und meine Liebe vernichten. Sie entwickeln sich zu einem Menschen, den ich schließlich verachten müßte. Sie können nichts dafür. Mehr als Sie mich je lieben können, lieben Sie Ihr Geschäft. Zuweilen denke ich, daß ich Sie lieber mit einer anderen Frau teilen möchte, als mit dem Geschäft. Dann hätte ich doch wenigstens die Hälfte von Ihnen. Aber dies Geschäft fordert nicht die Hälfte, sondern neun Zehntel, neunundneunzig Hundertstel von Ihnen.“

Vergessen Sie nicht, daß der Sinn der Ehe für mich nicht ist, das Geld eines Mannes gebrauchen zu können. Ich will den Mann selbst haben. Geseht, etwas anderes in meinem Leben beanspruchte die übrigen neunundneunzig Hundertstel, machte mich häßlich von innen und außen. Können Sie sich da wundern, daß ich Sie nicht heiraten will? — daß ich nicht kann? Sie gleichen einem Kranken. Das Geschäft ist Ihnen mehr als anderen, Sie haben Ihr ganzes Herz, Ihre ganze Seele, Ihr ganzes Ich dabei. Was Sie auch glauben und sich vornehmen, eine Frau würde Ihnen nur eine kurze Zerstreung bedeuten. Denken Sie an den herrlichen Bob, der jetzt im Stall steht und fett wird! Sie würden mir ein prächtiges Schloß kaufen, und ich könnte dann sitzen und mir die Augen ausweinen, weil ich so hilflos und außerstande bin, Sie zu retten. Die Krankheit, die Sie Geschäft nennen, würde Sie aufressen und in Wirklichkeit mit Ihnen verheiratet sein. Sie spielen damit, wie Sie mit allen anderen, wie Sie auf Ihren Schlittenreisen in Alaska mit Ihrem Leben gespielt haben. Keiner durfte so weit und so schnell reisen wie Sie, so schwer arbeiten und so viel ertragen. Sie behalten nie etwas in Reserve; in jedes Unternehmen werfen Sie alles, was Sie haben.“

„Ja, bis auf den letzten Schilling,“ bestätigte er barsch. „Wenn Sie doch nur den Gatten und Geliebten auch so spielen könnten.“

Ihre Stimme zitterte, und sie schwie, während eine warme Rote in ihre Wangen stieg, und sie schlug vor seinem Blick die Augen nieder.

„Und jetzt sage ich kein Wort mehr,“ fügte sie hinzu.

„Ich habe schon vielzuviel gesagt.“

Dann legte sie sich offen und ehrlich in seine schützenden Arme, und beide vergaßen den Sturm, der in immer heftigeren Stößen an ihnen vorbeijagte. Der Regen war noch nicht losgebrochen, aber die nebelähnlichen Schauer wurden immer häufiger. Daylight verberg seine Verwirrung nicht, und er war noch verwirrt, als er zu sprechen begann.

„Ich weiß nicht, was tun, aber etwas muß getan werden. Ich kann Sie nicht lassen. Ich kann nicht. Und ich will auch nicht.“

Sie haben mir kein Argument übriggelassen. Ich weiß, daß ich nicht mehr derselbe bin, der aus Alaska kam. Ich könnte heute nicht mehr mit meinen Hunden fahren wie in jenen Tagen. Meine Muskeln sind weich, und mein Gemüt ist hart geworden. Ich pflegte Männer zu achten. Jetzt verachte ich sie. Sehen Sie, ich verbrachte mein ganzes Leben draußen, und ich glaube, dafür bin ich geboren. Ich habe übrigens den schönsten kleinen Bauernhof, den Sie sich denken können, in Glen Ellen. Dort, wo ich mit der Ziegelei hereinfiel. Ich habe den Hof nur ein einziges Mal gesehen, aber ich habe mich so in ihn verliebt, daß ich ihn auf der Stelle kaufte. Ich rit nur so durch die Berge und freute mich wie ein Junge, der die Schule schwänzt. Ich wäre ein besserer Mensch, wenn ich auf dem Lande lebte. Die Stadt hat mich nicht besser gemacht. Sie haben ganz recht, das weiß ich. Aber geseht, ich verbrachte jetzt und müßte als Tagelöhner arbeiten?“

Sie antwortete nicht, obgleich jede Faser ihres Körpers zustimmen schien.

„Geseht, ich hätte nichts als den kleinen Hof und ein paar Hühner und begnügte mich, ein bißchen zu graben und zu pflanzen — würden Sie mich dann heiraten, Debe?“

„Dann wären wir ja immer zusammen!“ rief sie.

„Aber ich müßte zwischenburch fortgehen und pflügen,“ warnte er, „oder Borräte aus der Stadt besorgen.“

„Es wäre jedenfalls kein Kontor und kein Mensch, mit dem Sie in einer Unendlichkeit über Geschäfte reden müßten. Aber das ist ja alles dummes Zeug und ganz unmöglich, und jetzt müssen wir machen, daß wir nach Hause kommen, wenn wir nicht naß werden wollen.“ (Fortf. folgt.)

Eine politische Nachrichtenfloake.

Die russischen Dokumentenfälscher vor Gericht.

Schon der erste Verhandlungstag gegen die Dokumentenfälscher Orlow und Pawlonowski hielt, was der Prozeß versprach.

Nicht allein in die Nachrichtenfloake des ehemaligen zaristischen Staatsrats Orlow, sondern auch in die Nachrichtenzentrale des früheren russischen Obersten und jetzigen deutschen Reichsangehörigen Sievert, die sich der trübsten Quellen bediente, dürfte hineingesucht werden. Angeklagter Pawlonowski behauptete aber, daß er durch die Vermittlung des Herrn Sievert, bei dem er als jetzt angestellt galt,

200 M. von der Abteilung IA am Berliner Postzeitungsamt und 400 M. monatlich vom Reichskommissariat für öffentliche Ordnung erhalten

habe. Der sensationelle Prozeß scheint freilich mehr als schlecht vorbereitet. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Feldhahn, gibt die Fägel der Verhandlungseitung immer wieder aus der Hand; sie geht gewissermaßen an die Dolmetscher über. So entsteht ein wirres Durcheinander, aus dem niemand schau wird. Der eigentliche Dolmetscher kann weder gut deutsch noch russisch. Die Angeklagten sprechen bald deutsch, dann gibts ein Räuberwelsch, oder russisch, dann aber so leise, daß man nichts versteht. Schließlich muß der als Sachverständiger anwesende Herr v. Bock, der unter dem Namen Bork die Korrespondenz Ost-Europas herausgibt, einspringen. Nun korrigiert ein Dolmetscher den anderen. Herr v. Bock soll aber als Sachverständiger über die russischen Nachrichtenzentrale gehört werden. Die Angeklagten behaupten, daß sie nur aus ideellen Motiven als leidenschaftliche Antidolmetscher ihre Nachrichtenstätigkeit ausgeübt hätten; im Kampfe gegen den Bolschewismus sei aber jedes Mittel recht. Schöne Grundzüge!

Die gefälschten Schriftstücke.

Der amerikanische Journalist Knickerbocker von der „New York Times“ befand sich auf der Jagd nach einer Zeitungsenklatur für die Hearst-Presse. Er wollte, koste was es wolle, den Ursprung der gefälschten Borah- und Norris-Dokumente feststellen. Pawlonowski begab sich zu Orlow. Dieser suchte aus seinen zahlreichen Dokumenten — das behauptet er wenigstens jetzt — einige alte Schriftstücke heraus und machte sie für den erforderlichen Gebrauch in der Sache Borah und Norris zurecht. Die ersten beiden übergeben sie Knickerbocker am 2. Februar. Schon am 4. Februar erstattete dieser Anzeige bei der Post, und am 17. Februar erhielt er dann das dritte Schriftstück. Aber noch am 20. Februar wurde ihm ein Vertrag vorgelegt, laut dem Pawlonowski sich verpflichtete, gegen Anzahlung von 1000 Dollar und gegen Sicherstellung von weiteren 1000 Dollar die drei Schriftstücke zu überlassen und noch andere zur Verfügung zu stellen.

Im wichtigsten Schriftstück, das die Zahl 1109 trägt ist zu lesen:

„Kommunistisches Internationales Exekutivkomitee.“

Ganz geheim!

Die von Rudolf über die Betätigung des Senators Borah verfertigten 11 Dokumente sind

von keinem verantwortlichen Arbeiter der politischen Staatsverwaltung bestellt... Es gilt, das Vertrauen zu denjenigen Nachrichten über Borah, wonach derselbe unser Material und sonstige Unterstützung genießt, in den uns nötigen Kreisen und Presse endgültig zu untergraben. Im gegenwärtigen Augenblick ist es deshalb erforderlich, der bürgerlichen Presse solches Material und Dokumente zuzuleiten, die gerücheweise von uns stammen. Die Hauptsache hierbei ist, daß man in Zukunft, sobald nur der Name Borah in einem für unsern wünschtesten Lichte erwähnt wird, derartige Nachrichten und Hinweise auf obige Fälschungen als Nachrichten der Konterrevolutionäre und Emigranten hinstellen kann, die bemüht sind, Borah zu verleumden...“

Dieses letzte Schriftstück trägt den Kopf der Kommunistischen Internationale und deren Stempel. Der Angeklagte Orlow, der erklärt, daß dieses Schriftstück eine Abschrift von einer Abschrift sei, hat keine Erklärung dafür, weshalb er diese Abschrift mit dem Stempel versehen habe.

Der Fall Pawlonowski — Sievert.

Amüßant gestaltet sich auch der zweite dem Angeklagten zur Last gelegte Fall. Sievert hatte einmal 20, das andere Mal 8 Trilisser-Briefe von Pawlonowski erhalten. (Trilisser ist der Leiter der Auslandsabteilung der B.P.L.) Pawlonowski erklärt, daß die 20 Briefe zweifelslos echt seien, von den acht vermute er es. Die letzteren waren für das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung bestimmt. Die Verteidigung behauptet, die Trilisser-Briefe seien echt. Beweis:

Als die Studenten Kindermann und Wolch in Moskau erschossen werden sollten, hätte es genügt, daß einige solcher Briefe von der deutschen Regierung dem Legationsrat der russischen Vertretung, Breitman-Brodowski, gezeigt worden wären, damit nach Moskau ein Telegramm geflogen wäre, das die Begnadigung der beiden jungen Leute zur Folge gehabt hätte.

Pawlonowski soll als Vorbehalt für die Trilisser-Briefe 500 M. erhalten haben. In einem Brief an Orlow schreibt er, daß er das Geld erhalten und es zur Begleichung seiner Krankenhausrückzahlung verwendet habe; Orlow möge nicht böse sein, er habe ja auch ihm oft mit Geld ausgeholfen. Jetzt bestreitet der Angeklagte, das Geld erhalten zu haben.

Beide Angeklagte machten gestern einen kläglichen Eindruck; man bekam die üblichen Ausschüfte zu hören, die auch sonst Leute auf der Anklagebank dem Gericht austischen. Sie hätten tatsächlich geglaubt, daß die gefälschten Borah-Dokumente von der B.P.L. stammten. Besonders spähig war Herr Pawlonowski. Er wollte die Zuhörer glauben machen, daß die Tscheta ihn trotz des Verdachts, er habe die Weißgardisten gewarnt, nicht nur am Leben gelassen, sondern ihn sogar von Jahr zu Jahr befördert habe. Herr Pawlonowski will 5 Jahre lang sein Doppelspiel getrieben haben. Ein Ding der Unmöglichkeit, wenn man bedenkt, wie die Mitarbeiter der Tscheta überwacht wurden. Der Angeklagte war eben Tschetist vom reinsten Wasser. Um das Gericht für sich zu gewinnen, stellt er sich jetzt als Idealist hin. Glaube, wer kann!

Bezahlung.“ In den Augen nicht nur dieses alten Arztes galt es eben als standesunwürdig, die ärztliche Hilfe von der Bezahlung abhängig zu machen, und sicherlich würde bei Wegfall der Krankenversicherung auch heute wieder ein großer Teil der ärztlichen Krankenversorgung ganz unentgeltlich geschehen. Der alte Sanitätsrat Keesel hatte vollkommen recht: Die Krankenversicherung hat die Proletarisierung der Ärzte keineswegs beschleunigt, sondern geradezu verlangsamt.

Feuer an Bord!

Brand auf dem Dampfer „Deutschland“.

New York, 1. Juli.

Als der Dampfer „Deutschland“ im New-Yorker Hafen von der Quarantäneestation zum Pier fuhr, brach in der Küche der 1. Klasse ein Fetttopf umgefallen war, Feuer aus. Da große Rauchwolken und zum Teil auch Flammen das C- und D-Deck anfüllten, bemühtigte sich der Reisenden eine Panik. Am Ruhe zu schaffen, und die Menschen abzulassen, befehlt der Kapitän der Bordkapelle, auf Deck zu spielen. Dieses geschah, und währenddessen konnte das Feuer schnell gelöscht werden. Am meisten Schaden wurde in den Räumen der 1. Klasse sowie auf den Fluren und in den Quartieren der Schiffsbemannung angerichtet.

Man schätzt den Schaden auf 10000 Dollar; er scheint hauptsächlich durch die Löscharbeiten entstanden zu sein. Die Reisenden beruhigten sich sofort wieder, nachdem sie erkannt hatten, daß die Schiffsbefahrung in musterhafter Weise die Löscharbeiten vornahm. Allgemein wird im Hafen das Verhalten der deutschen Mannschaft gelobt; das Feuer und seine Bekämpfung konnte von den anderen Schiffen genau beobachtet werden.

18 Opfer der Trunkenheit.

Auf der Heimfahrt von einer Hochzeitsfeier geriet unweit Wenden in Livland ein Auto mit angeheiteren Festgästen in den Chausseeegraben und stürzte um, wobei drei Personen getötet und fünfzehn schwerverletzt wurden. Vier der Schwerverletzten schweben in unmittelbarer Lebensgefahr. Der Chauffeur, der unversehrt geblieben war, ergriff die Flucht, wurde jedoch in einem benachbarten Walde festgenommen.

Frau Tiger macht einen Spaziergang.

Durch die Unachtsamkeit eines Wärters gelangte eine Tigerin des Zirkus Sarraani in Nürnberg aus ihrem Käfig ins Freie. Sie schritt an den erschreckt flüchtenden Passanten vorbei, ruhig durch die Straßen, bis sie, von einem Postwagen aufgeschreckt, im Galopp davonlief. Sie kam dann in eine Wirtshaus, in der zwei Frauen arbeiteten, griff diese jedoch nicht an. Inzwischen war der Zirkus benachrichtigt worden. Dressoure kamen mit einem Kockfäß. Als der Tiger diesen erblickte, sprang er durch die Fenster und dann im Hof über ein drei Meter hohes Eisengitter, in dem er hängen blieb und sich verletzte. Man hofft aber, das Tier am Leben erhalten zu können.

Der sechste Tote des Bodensee-Unglücks.

Im Krankenhaus Horyen ist der Apotheker Firien aus Friedberg als sechstes Opfer des Wasserflugzeugunglücks seinen Verletzungen erlegen.

Schwer geschädigte Beamte.

Die Beamten-Vereinigung hat 2 Millionen Mark Defizit.

Die Berliner Beamtenvereinigung hat, wie wir bereits berichteten, vor einigen Tagen ihre Zahlungen eingestellt. Gestern Abend wurde eine Gläubigerversammlung abgehalten, die stürmisch verlief.

Die Berliner Beamtenvereinigung ist eine Gründung aus konservativen Kreisen, die zunächst die Aufgabe hatte, die Spargebühren ihrer Mitglieder sicher und zinstrogen anzulegen. Wie meistens bei derartigen Gesellschaften, in denen jegliche öffentliche Kontrolle fehlt, hat sich auch bei dieser Vereinigung gezeigt, daß die Gelder nicht immer so angelegt werden, wie es im Interesse der Mitglieder erforderlich wäre. Die Unaufmerksamkeit der Beamten hat hier wieder einmal zu sehr schweren und bedauerlichen Verlusten geführt. Auch in der Gläubigerversammlung hat sich deutlich gezeigt, daß die Beamtenvereinigung einige Beauftragte wirtshausen ließ wie sie wollten.

Die Versammlung der schwer betroffenen Sparrer nahm einen stürmischen Verlauf.

Der große Saal der Kammerkassette in der Teltower Straße konnte knapp die erschienenen Gläubiger aufnehmen. Gleich zu Beginn wurde auf stürmischen Protest hin dem Vorstand die Leitung der Versammlung abgenommen. Aus der Mitte der Gläubiger wurde ein Vorstand gewählt, der zunächst die Frage zu klären versuchte, ob Konkurs angemeldet werden soll oder eine stille Liquidation für die Mitglieder der Vereinigung vorteilhafter ist. Auch bei dieser Frage gab es harte Auseinandersetzungen, es zeigte sich vor allem, daß ein Teil der Geschädigten bereits Spindeln mit der Vertretung ihrer Interessen betraut hatten. Einer von diesen beantragte die Gründung eines Schutzverbandes der Geschädigten. Die Versammlung einigte sich schließlich darauf, zunächst einmal den Rechenschaftsbericht entgegenzunehmen, den der Präsident v. Jacobi nach anfänglichen Weigern schließlich gab. Die Mitteilungen dieses Vorstandsmitgliedes waren aber wenig aufschlußreich.

Er teilte mit, daß die Bank etwa 2 000 000 M. Aktiven und 3 785 000 M. Passiven hat.

Herr v. Jacobi hat aber dann noch zu den Aktiven 800 000 M. Außenstände eingeklebt, die erst durch Prozesse heringebracht werden müssen. Nach seiner Meinung wäre also nur ein Defizit von 900 000 M. vorhanden. Nach der Auffassung einzelner Geschädigter wird sich das Defizit aber auf 2 Millionen Mark erhöhen. Obwohl in den Statuten der Vereinigung ausdrücklich angegeben sei, daß die Gelder der Beamten nur mündelicher angelegt werden dürfen, habe die Vereinigung eine Bank finanziert, die kurz vor dem Konkurs stehen soll. Auch sind Millionenbeträge dadurch verloren gegangen, daß an die Norddeutschen Fahrradwerke ein Kredit gegeben wurde, der nicht mehr einzubringen ist. Die Vorstandsmitglieder mußten sich in der Versammlung sehr grobe Worte lassen.

Schutz gegen Kleiderdiebstähle in Schulen.

Die Schwierigkeit, in den Schulen die Kleider der Kinder möglichst gegen Diebstahl zu schützen, ist seit Jahrzehnten empfunden worden. In den Klassenjimmern wird durch nasche Lieberkleider die Luft verschlechtert, auf den Gängen oder ist die Diebstahlsgefahr auch bei sorgsamster Ueberwachung niemals ganz abzumenden. Die Deputation für das Schulwesen erwägt jetzt, ob es zweckmäßig wäre, besondere Kleiderbehälter in die Klassenzimmer einzubauen oder besondere Aufbewahrungsräume bereit zu stellen. Eine Entscheidung hierüber ist in nächster Zeit zu erwarten. Bessere Vermehrung der Lieberkleider in den Schulen wird den Beifall aller Eltern finden. Vor einer Reihe von Jahren hat es nach Kleiderdiebstählen wegen der Erziehungspflicht zuweilen unliebsame Auseinandersetzungen zwischen den geschädigten Eltern und der Stadt Berlin gegeben.

Völkische „Wahlen“ an der Berliner Universität.

Jetzt beweist es sich, daß die rüpelhaften Studentendemonstrationen am Freitag voriger Woche nichts als ein ganz gewöhnlicher, vorher berechneter Reklametrakt der sogenannten „Allgemeinen Studentenschaft“ waren. Denn plötzlich schreibt diese Sippe durch Ankündigung in aufgehenden Flugzetteln an der Universität „Studentenwahlen“ aus, wobei sie mit bewusster Irreführung so tut, als sei sie eine neutrale, allgemeine Studentenvertretung. Natürlich haben diese Wahlen keinen amtlichen oder behördlichen Charakter und finden auch nicht in irgendwelchen Hochschulräumen, sondern in einigen Kneipen der Umgebung der Universität statt. Die Flugzettel der völkischen „Studenten“ enthalten eine wüste Heße gegen das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und gegen die Polizei, weil sie es „gewagt“ hat, bei den Demonstrationen einige Studenten wegen Landfriedensbruchs und Bruch der Bannmeile zu verhaften. Natürlich verleiht das die sogenannte Ehre dieser „Volksführer“ im Sinne Hugenberg. Die Vereinigung sozialdemokratischer Studierender, der Sozialistische Hochschulausschuß und auch die Freieiliche Studentenschaft fordern ihre Anhänger auf, sich an diesem Wahnummel nicht zu beteiligen und gegen die völkische Verheerung unter anderen unorganisierten Studenten aufklärend zu wirken.

Die Grubensicherheit. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist von der durch das Grubensicherheitsamt im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe herausgegebenen Zeitschrift „Grubensicherheit“ (Reichsverlag Hermann Klotz, Berlin W 35) soeben das dritte Heft des Jahrgangs 1929 erschienen. Es enthält Beschreibungen einiger größerer lehrreicher Unglücke der letzten Zeit sowie Beiträge über die Sicherheit der unterirdischen Förderung im Abbau, in Streden und in Schächten. Bilder und Text sind zum größeren Teil von Betriebsbeamten und Bergarbeitern verfaßt.

Weißer Käse gegen Furunkeln.

Die Heilmethode des Weissenbergs und der Staatsanwalt.

Die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft beschäftigen sich jetzt eingehend mit der Person und der Heilbehandlung des Propheten Josef Weissenberg, dessen Gesundheitsleide in Berlin und Umgebung in letzter Zeit außerordentlich starke Anhängererschaft erhalten hat.

Am Donnerstag voriger Woche verstarb in Riederhöndhausen der Drogist Wernicke an Blutvergiftung, und es besteht der starke Verdacht, daß der Tod dieses Weissenberg-Anhangers auf die Behandlung des „Propheten“ zurückzuführen ist, der als Medizin gegen ein böses Furunkel das Auslegen von weißem Käse verordnete. Am gestrigen Montag nachmittag sollte ursprünglich die Beerdigung des Verstorbenen stattfinden, die Kriminalpolizei entschloß sich aber zu einem Einmarsch und beschlagnahmte die Leiche, um durch Obduktion feststellen zu lassen, ob nicht durch die Heilbehandlung Weissenbergs der Tod verschuldet ist und fahrlässige Tötung vorliegt. Die Obduktion wird in den nächsten Tagen stattfinden, und von dem Befund wird es abhängen, ob gegen Weissenberg, von dem seine Anhänger glauben, daß er Tote lebendig machen kann und daß er ein zweiter Christus ist, gerichtlich vorgegangen werden kann.

Bei der Staatsanwaltschaft 1 schweben außerdem noch etwa 4 bis 5 andere Verfahren wegen Körperverletzung, und zwar auf Grund von Anzeigen, die von Familienangehörigen mehrerer Weissenberggläubiger gegen den „Propheten“ erhoben worden sind.

Die Anzeigen stützen sich darauf, daß mehrere Personen durch die „Anzeichen“ schwere seelische Störungen davongetragen haben, in einem Falle ist eine Frau sogar nach der Darstellung ihres Mannes durch die Einwirkungen Weissenbergs geistesgestört geworden. Ein Vorgehen gegen Weissenberg auf Grund dieser Anzeigen ist aber äußerst schwierig, und die Staatsanwaltschaft hat ihn in einem Falle vor längerer Zeit schon außer Verfolgung setzen müssen, weil nicht mit Gewißheit der Nachweis erbracht werden konnte, daß die seelischen Störungen durch den Einfluß Weissenbergs und seiner „Werkzeuge“, als Redien, hervorgerufen worden sind.

Krankenversicherung und Ärzte.

In ärztlichen Kreisen mißt man einen großen Teil der Schuld an der fortschreitenden Proletarisierung der Ärzte dem sozialen Versicherungswesen bei, von dessen Abbau nie die Rede ist. Da dürfte es interessant sein, die Stimme eines alten Arztes zu vernehmen, der im Jahre 1904 (er stand damals im 80. Lebensjahr) in seinen Lebenserinnerungen über seine Anfänge (1851) schreibt: „Die finanzielle Stellung der Ärzte aus damaliger Zeit war so wenig befriedigend, daß man es heute gar nicht für möglich hält.“ Nachdem er dies zahlenmäßig belegt hat, fährt er fort: „Dazu kam der Umstand, daß es nicht wie jetzt Krankenkassen gab, wovon die Folge war, daß ein großer Teil des Publikums, welches jetzt den Krankentassen angehört, zwar auch damals ärztlich behandelt werden mußte, aber selbstverständlich ohne

Sag's auch den anderen,
die sich quälen,
sie sollen doch
Lacein nur wählen.
Lacein führt ab! Es wirkt sehr mildes
Werkzeug versucht hat,
ist im Bilde!

Das Geheimnis um ein Skelett.

Eine Untersuchung in Potsdam.

Die Polizeibehörden und die Staatsanwaltschaft von Potsdam befaßten sich augenblicklich mit einem Vorgang, der sechs Jahre zurückliegt: In dem Ortchen Schentendorf verschwand damals die mehr als 80jährige Hausbesitzerin Steffen. Jetzt hat man im Garten des Schwieger-sohnes, eines Kaufmanns Karl Strybeck, Knochen gefunden, die wahrscheinlich die Gebeine der alten Frau sind.

Strybeck bewirtschaftete damals ein Restaurant, in dem der Silvesterabend 1923 mit Tanz, Jubel und Trubel gefeiert wurde. Strybeck und seine Frau waren mit dem Betrieb in der Wirtschaft voll und ganz beschäftigt. Als sie dann morgens in ihre Wohnräume gingen, fanden sie, daß die alte Schwiegermutter verschwunden war. Sie benachrichtigten die Polizei.

Das Lokal hat inzwischen den Besitzer gewechselt. Der jetzige Inhaber, ein Herr Kühne, hat beim Umgraben des Gartens erneut Knochen gefunden und die Behörden benachrichtigt. Interessant ist, daß in Strausberg eine Unbekannte vor einiger Zeit begraben wurde. Die Familie Strybeck behauptet, daß dies die alte Frau Steffen sei. Die Leiche wird exhumiert werden.

Das Volksfest der Falkenberger Siedler.

Die Falkenberger Siedler verstehen es, ihr traditionelles Sommerfest lustig auszugestalten. So ist es denn kein Wunder, daß auch in diesem Jahre die Besucher nur so herbeiströmten. Die Siedlung war prächtig geschmückt. Am Fuße des Falkenberges war der Festplatz. Neben der großen Freilichtbühne lockten die Würstchenstände, Schenken und Buden mit Nachspeisereien. In dem Festzug, der um 14 Uhr durch die Siedlung marschierte, sah man Karikaturen von Staatsmännern. Ein Friseur bot auf einem Festwagen die letzten „Wilhelms“ und solche, die es werden wollen. Die Veranstaltung auf dem Festplatz begann mit einem Hörspiel, in dem alle die letzten Ereignisse satirisch wurden. Da erschienen Amanullah, Mussolini, Briand und viele andere neben den „letzten“ Rodeschöpfungen in einer großen Schau. Indische Fakire ließen sich verbuddeln, eine Gruppe Tiller-Girls, freisch mit allzu kräftigen Mustern und allzu männlichem Aussehen, zeigte auf die letzten Tanzschöpfungen. Der Nachmittag verging allzu schnell. Bis in die Abendstunden hinein dauerte der Trubel. Die Leiter der Veranstaltung, Rudt Riedorf und Paul Günther, dürfen zufrieden und stolz sein!

Gewitter und Abkühlung.

Das gestrige Abendgewitter hat wieder einen erheblichen Rückgang der Temperaturen gebracht. Von Nordwestfrankreich näherte sich eine verbreitete Depression, an deren Vorderseite die Temperaturen auf 24 Grad anstiegen. Kaltluftmassen, die auf der Rückseite heranzögen, führten zur Gewitterbildung über verschiedene Teile des Reiches. Auch Berlin blieb nicht verschont und gegen 18 Uhr schob sich aus der Spandauer Richtung eine schwarze Wolkenwand herauf. Das zur Entladung kommende Gewitter war von starken Regenfällen begleitet und im Westen der Stadt, namentlich in Charlottenburg, ist es wieder zu Ueberschwemmungen gekommen, so daß die Feuerwehrt wiederholt eingreifen mußte. In mehreren

Fällen wurden überflutete Keller ausgepumpt. — Die zurzeit herrschende Druckstörung scheint sich weiter nach dem Osten auszudehnen, so daß in den nächsten Tagen wahrscheinlich mit trübem und kühlem Wetter zu rechnen ist.

Hütet eure Anlagen!

Es sollte eine selbstverständliche Pflicht aller Berliner Bürger sein, in einer Zeit, in der Tausende von Bäumen dem Verkehr geopfert werden müssen, ein wachames Auge auf die mit äußerst hohen öffentlichen Mitteln unterhaltenen Parkanlagen und Schmuckplätze zu haben. Die geringen Erholungsmöglichkeiten, die gerade der dichtbevölkerte und engbesiedelte Bezirk Friedrichshagen seinen Bewohnern bietet, sollten nun nicht noch von rohen Händen zerstört werden. Es ist darum betrübend, festzustellen, daß gerade in letzter Zeit sich die Fälle häufen, in denen unverständliche Menschen, wohl meist jugendliche, öffentliches Eigentum vernichten. Besonders die jetzt in vermehrter Anzahl aufgestellten Bänke sind Gegenstand der Zerstörungssucht. Nicht allein, daß sie aus ihren Befestigungen gerissen werden, sie werden auch vollständig zerstört und unbrauchbar gemacht. Selbst Sandspielplätzen, Papiertische, Ordnungstafeln, sogar das Schwanzfutterbeden wurden gestohlen oder schwer beschädigt. Mehrfach wurde sogar die Rosaspflasterung aufgerissen. Aber nicht genug, daß tote Gegenstände Objekte der Zerstörungssucht sind, sondern auch die Anpflanzungen wurden durch Ausreißen von Bäumen, Sträuchern und Beschädigungen von Bäumen empfindlich ge-

schädigt. Leider ist es nur in sechs Fällen gelungen, die Täter zu erwischen.

Im Interesse der Erholungsbedürftigkeit und der Gesundheit unserer Bevölkerung sollte darum jeder Bürger Menschen, die sich an unseren Anlagen vergehen, auf das Unwürdige eines solchen Treibens aufmerksam machen und, wenn Bekehrungen nicht zum Erfolg führen, sie zur Anzeige bringen.

Das neue nordamerikanische Einwanderungsgesetz — Einwanderungsquote Englands doppelt so groß wie diejenige von Deutschland und Irland — ist in Kraft getreten.

Sport.

Rennen zu Strausberg am Montag, dem 1. Juli.

1. Rennen. 1. Rom (Woff), 2. Rancade, St. Der Zulässigke. 3. Ränderbaudmann. Toto: 15:10. Platz: 16, 22:10. Ferner liefen: Senouff, Klegorie.
2. Rennen. 1. Abteilung. 1. Gament (Schüller), 2. Raltshale. 3. Alter. Toto: 38:10. Platz: 17, 18, 29:10. Ferner liefen: Contra, Oltmaus, Gedder, Raxim, Gellador gel. Gellg. — 2. Abteilung. 1. Corriba (Kreienberg), 2. Orul, 3. Regan. Toto: 76:10. Platz: 24, 19, 18:10. Ferner liefen: Dregarten, Ordensbruder, Wimi, Prima, Finister, Die Made.
3. Rennen. 1. Toga (Wider), 2. Lebenswonne. Toto: 32:10. Platz: 24, 31:10. Ferner liefen: Komulus H. Sch., Staffelfein abgr., Randsbach gel., Gedhard abgr.
4. Rennen. 1. Habana (Wider), 2. Unadass, 3. Der Rus. Toto: 57:10. Platz: 31, 23, 45:10. Ferner liefen: Dahu, La Paloma, Wilmene, Wiltelster, Kharium, Grelentkone, Bergingelortz, Feuchturn, Renlor, Grundberg.
5. Rennen. 1. Graphit (Widder), 2. Kufbau. Toto: 14:10. Ferner liefen: Jahn, 3. Hefen.
6. Rennen. 1. Gahr Mij (Bermann), 2. Wieg, 3. Friga II. Toto: 75:10. Platz: 15, 12, 11:10. Ferner liefen: Winata, Wind, Sicha II, Salaten, Marjana, Balani, Sturmhaul, Binets.
7. Rennen. 1. Blad Bridge (Gradth), 2. Dalbor, 3. Sophit. Toto: 31:10. Platz: 53, 29:10. Ferner liefen: Döbera, Bim II, Rallaffen.

Funkwinkel.

Das Sonntagsprogramm — das muß anerkannt werden — zeigte wenigstens den Willen zur Volkstümlichkeit. Man brachte reichlich Musik; allerdings hieß es zu viel behaupten, wollte man sagen: für jeden Geschmack. Ein musikalisches Unterhaltungsprogramm für anspruchsvolle Hörer gelangt dem Berliner Sender all zu selten. Zweimal Bassorchester — zum Frühkonzert und zur Abendveranstaltung — ist außerdem an einem Tage bestimmt zu viel. Recht hübsch war die Kinderstunde, die in buntem Gemisch Märchen und Kinderlieder über die Kleinen ausschüttete.

Am Montagabend fiel ein Vortrag über den Tonfilm aus. Statt dessen wurden Schallplattenübertragungen gegeben. Es war aber ein sehr zusammengewürfeltes Programm, was da in der Ecke aufgestellt wurde. Auffallend für viele Hörer dürfte ein Vortrag gewesen sein, den Fritz Friede, der Leiter der Berliner Gewerkschaftsschulen, hielt. Er schilderte die Zusammenhänge zwischen „Arbeiterchaft und geistigem Leben“, die in den letzten Jahrzehnten sich so deutlich gefestigt haben, und noch immer stärker werden. Der Arbeiter, der seine Abende in der Gewerkschaftsschule zubringt, hat dadurch keine Hoffnung auf einen besser bezahlten, angenehmeren Posten. Er erwirbt keine Kenntnisse für die Masse, der Allgemeinheit sollen sie zugute kommen. Der Unternehmer versucht insofern noch oft genug, den gewerkschaftlich geschulten Arbeiter zu schikanieren und ihm, soweit er irgend möglich ist, den Hauptpaß zu geben. Der Arbeiter, der nur an sich denken würde, hätte daher an solcher Weiterbildung gar kein Interesse. Aber er fühlt sich als Teil der Gesamtheit und weiß, daß es nötig ist zu lernen, um das Verständnis für die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge auf der Welt zu erhöhen, um ihren Sinn und Unsinn zu begreifen und Teil an ihnen zu haben.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr. Berlin

Einladung für die Arbeit nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Bewegungsfest: Kneipen in allen Uebungsstunden. Jeden Donnerstag 19½ Uhr Uebungsstunde für Anfänger und Fortgeschrittene, 20¼ Uhr Uebung für Wien in der Schule Langgasse Str. 28.

Abteilungsleiter, gibt eure Monatsprogramme für August ab!

Abteilungsmitgliederversammlungen, Dienstag, 19½ Uhr:

Alteiler Post: Heim Waisenstr. 18. — Rosenhainer Post: Schule Elisabethstr. 19. — Zentrum: Heim Landberger Str. 50. — Prenzlauer Post: Cafe Mitternacht. — Gesundbrunnen: Schule GutsMuths-Str. 2. — Schillerpost: 11. Gumboldtstr. Schillingstr. — Wedding: W.-H. Schule Altlicher Str. 4. — Wedding-Nord: Heim Str. 12. — Prenzlauer Post: — Helmstedtstr.: Heim Danziger Str. 62. B. 2. — Rothf. 1: Heim Danziger Str. 62. — Wäcker Platz: Schule Schanzenallee 22. — Prenzlauer Post: Heim Wäckerstr. 9. — Scharf: Heim Wäckerstr. 11. — Schöneberg IV: Heim Wäckerstr. 15. — Mariendorf: Heim Schule, Poststr. 7. — Steglitz: Heim Wäckerstr. 47a. — Neukölln I: Heim Sander, Sch. Hohenstr. — Neukölln II: Heim Wäckerstr. 29. — Neukölln III: Heim Knapshafenstr. 68. — Neukölln V: Heim Wäckerstr. 1-4. — Neukölln VII: Heim Wäckerstr. — Gremesdorf: Heim Wäckerstr. — Prenzlauer Post: Heim Wäckerstr. 14.

Schöneberg II: Heim Wäckerstr. 15. Vortrag: „Die Erfolge der Wiener Arbeiterchaft.“ — Tempelhofer: 20 Uhr pünktlich, Heim Germanenstr. 4-6. Funf-Tonabendversammlung. — Neukölln VII: Ten Schillerstr. wegen togen wie im Heim Prenzlauer Str. 28, Zimmer 7. Punter Abend, Musikinstrumente mitbringen.

Weiterbericht der öffentlichen Weiterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Weist darauf, daß, nach Regenfälle. — Für Deutschland: Im Osten Uebungsgang zu kühlem und niederschlagsreichem Wetter, im Westen nur noch vorzeitig Regen, aber kühl, im Alpenvorland Regen.

Die größten Schlager Berlins soeben herausgekommen!

8,90



Nur eine kleine Auswahl unserer neuen Schuhmodelle!

Alle Damen werden staunen!

Versand durch Zentrale Stiller, Berlin C 10, Jerusalem Str. 32-35

10,90



Fast sämtliche Modelle sind mit hohem od. niedrigem Absatz erhältlich!

Alle Damen können Geld sparen!

12,90



Stiller

bürgt für Qualität!

Mehr Auslandskapital!

Konjunkturrückgang durch ungenügende Kapitaleinfuhr. — Nur gute Weltkonjunktur verhütete Schlimmeres.

Pünktlich wie immer hat die Reichskreditgesellschaft zum 1. Juli der Öffentlichkeit ihren Halbjahrsbericht übergeben, der durch seine ernste volkswirtschaftliche Kritik auch diesmal der Urteilsbildung über vernünftige deutsche Wirtschaftspolitik gute Dienste leisten wird. Fast ängstlich besorgt entwickelt die Reichskredit-Ges. die These, daß Deutschlands ausländische Kapitalzufuhr gegenüber dem volkswirtschaftlich gebotenen Ausmaß im letzten Halbjahr zu gering war, daß die industrielle Beschäftigung Deutschlands darunter gelitten hat und auch der deutsche Anteil an der gegenwärtigen Weltkonjunktur dadurch geringer war, als er hätte sein können. Der Ausblick in die Zukunft, der am Schluß des Berichtes gegeben wird, legt die Auffassung der Reichskreditgesellschaft darin fest, daß die Zukunft pessimistisch beurteilt werden muß, wenn die bisherige Drosselung der Kapitalzufuhr fort dauert. Der Kapitalstrom habe sich von Deutschland abgewandt, die Folge sei ein Nachlassen des Absatzes in Deutschland gewesen; die deutsche Wirtschaft habe im Ausland aber nur im ungenügenden Umfange gewinnen können, was den inländischen Märkten verlorengegangen sei. „Kapitalzufuhr und die ihr folgende Besserung der gesamten Kapitalversorgung auf der einen Seite, Erweiterung des deutschen Absatzes im Auslande auf der anderen Seite sind die Aufgaben, von deren glücklicher Lösung die deutsche Wirtschaftsentwicklung gegenwärtig am stärksten abhängt.“

Ohne ausdrücklich die Interessenten zu nennen und in einem Augenblick, wo die Diskussion über die Verteilung des Geldes noch unerregten Pariser Reparationsbären am lebendigsten ist, versucht die Reichskreditgesellschaft eine wertvolle Klarstellung gegenüber den Schlagworten „Kapitalbildung“ und „Ausfuhrsteigerung“. Sie weist nach, daß beides nicht möglich ist ohne vorherige ausreichende Kapitalzufuhr, nachdem bis heute die eigene inländische Kapitalbildung nicht ausreicht. Wichtiger als Kapitalbildung, die immer nur eine Folge ausreichender Kapitalversorgung sein könne, sei die ausreichende Kapitalversorgung selbst. Ausfuhrsteigerung sei ebenfalls ohne vorangegangene Kapitalinvestition unmöglich, da nur Kostenverminderung, Qualitätsverbesserung, Teilnahme an allen wirtschaftlichen Fortschritten, die viel Geld kosten, eine Steigerung der Ausfuhr zur Folge haben können. „Kapitalversorgung, Betriebverbesserung und Ausfuhrsteigerung sind für Deutschlands wirtschaftliche Erholung gleichermaßen notwendig.“ Der Bericht zieht den Schluß, daß ausreichende deutsche Kapitalversorgung ohne beträchtliche Kapitaleinfuhr gegenwärtig noch nicht möglich ist, und es sieht sich wie eine ernste Mahnung an den gegenwärtigen Reichsbankpräsidenten, wenn gesagt wird, daß Erleichterung und Verteuerung der Kapitaleinfuhr Deutschlands Wiederaufbau verlangsamen müssen.

Der Bericht gibt im übrigen in dem sorgfältig analysierten Zahlenmaterial wieder einige beachtliche Beiträge zur Klärung der konjunkturellen Situation. Eine Vorstellung von dem Ausmaß, in welchem die Drosselung der Kapitalzufuhr für den Rückgang der Konjunktur bzw. die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Erholung verantwortlich ist, gibt die Feststellung, daß in den ersten

sechs Monaten dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres der Betrag der Auslandsanleihen von etwa 2 1/2 Milliarden auf etwa eine halbe Milliarde zurückgegangen ist. Man wird dem Sach zustimmen können, daß ein Stillstand in der Verkehrsentwicklung, beispielsweise im Güterverkehr der Reichsbahn, als Symptom abgleitender Konjunktur zu deuten ist, wenn gleichzeitig die Bevölkerung wächst und die Arbeitsleistung in der Wirtschaft sich steigert. Wenn die Eisenproduktion im letzten Halbjahr sich auf der Höhe des Vorjahres gehalten habe, so sei das nur dem Exportüberschuß an Eisen und Eisenfertigwaren zu danken.

Das vergangene Halbjahr habe weitere Erhöhungen der Löhne gebracht. „Die Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten hat durch die Lohnsteigerung, soweit dies aus der Entwicklung des Außenhandels geschlossen werden kann, nicht gelitten.“ Für den Massenverbrauch, damit für den Inlandsabsatz, wo der Massenverbrauch entscheide, seien die Lohnsteigerungen wegen der großen Arbeitslosigkeit aber unwirksam gewesen. Die Gesamtbeschäftigung der deutschen Wirtschaft habe deshalb nur von den steigenden Investitionen des Auslandes Nutzen gezogen, und zwar sei die deutsche Ausfuhrsteigerung in den letzten anderthalb Jahren ohne Preisdruck erfolgt. Die 1928 vom deutschen Außenhandel erzielten Preise überragen diejenigen von 1927 um 2,1 Proz., in den ersten vier Monaten 1929 zeige sich gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres eine erneute Steigerung um 0,4 Proz. Im Inland sei dagegen die sinkende Preissteigerung unverkennbar, sei auch durch die Kreditverteilung im Gefolge der Reparationskonferenz gefördert worden. „Soweit nicht der Aufschwung im Ausland einigen Wirtschaftskreisen Erfolg für den Inlandsabsatz schaffte, dürfte sich der Rückgang der Preise fortsetzen.“

Aus dem Bericht geben wir noch einige interessante zahlenmäßige Feststellungen: Im ersten Halbjahr 1929 ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres der Zufluß an Auslandsanleihen von 1104 auf 315 Mill. gestunken; ein Ausfluß von nicht weniger als rund 800 Mill. R. Mit einem Monatsdurchschnitt von 1,32 Mill. Tonnen ist der inländische Eisenverbrauch im ersten Halbjahr 1929 zwar niedriger als der Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1928 (1,40 Mill. Tonnen), aber doch höher als der Monatsdurchschnitt des ganzen Jahres 1928 mit 1,24 Mill. Tonnen. Im Ruhrkohlenbergbau ist der Schichtfördereinsatz je Kopf der Untertagearbeiter weiter bemerkenswert gestiegen. Er hat sich im März 1929 auf 1551 Kilogramm oder auf 133,6 Proz. gegen 1913 erhöht, gegenüber 1463 Kilogramm oder 126,0 Proz. im Jahre 1928. Gleichzeitig ist die Gesamtbeschäftigung 1913 weiter von 89,7 auf 86,4 Proz. gestunken. Bei der Reichsbahn hat sich die Arbeitsleistung ebenfalls erhöht. Je Kopf des Personalbestandes erhöhten sich die geleisteten Achskilometer von Januar bis April 1929 auf 3583,2 Kilometer gegen 3547,0 im Jahre 1928. Bei zehn deutschen Großbanken hat sich der Druck der ungenügenden ausländischen Kapitalzufuhr bzw. der Kapitalabwanderung in den Monaten April und Mai durch den Rückgang der fremden Gelder um nicht weniger als 716 Mill. R. geäußert.

Ein Blick auf die Börse.

Wachsender Einfluß des ausländischen Kapitals auch dort.

Der Versuch der Börsenspekulation, das Pariser Reparationsergebnis in höhere Aktienkurse auszumünzen und nach der langen Geschäftsstille eine Reparationshaufe zu veranstalten, ist über einen kleinen Achtungserfolg nicht hinausgekommen. Die Hoffnung, daß sich das Publikum nunmehr durch die Aussicht auf lange entbehrt Börsengewinne zu umfangreicheren Aktienkäufen verleiten lassen würde, erfüllte sich nicht. Die Publikumskäufe, die der enttäuschten Börsenbewegung erst den notwendigen Rückhalt hätten geben sollen, blieben aus. Nur aus dem Ausland waren — offenbar in Erwartung einer kommenden Kurssteigerung — in den letzten Tagen der Pariser Reparationskonferenz einige große Kaufaufträge an die deutschen Börsen gelangt. Als dann aber die Kurssteigerung wegen der Teilnahmslosigkeit der sogenannten zweiten Hand, des breiteren Kapitalistenpublikums, auf sich warten ließ, flaute auch die ausländische Nachfrage nach deutschen Wertpapieren stark ab. Die Folge davon war, daß die Kurse an der Wertpapierbörse wieder abbröckelten und im großen und ganzen wieder auf ihre alte Höhe zurückliefen. Es zeigte sich also auch diesmal wieder, daß ohne die Mitwirkung des breiten Publikums eine Börsenbewegung nicht „gemacht“ werden kann, um so weniger, als die Börsenspekulation nicht über die erforderlichen Mittel verfügt, um ihre Käufe lange genug durchzuhalten.

Wer macht die Kurse?

Der Spekulant kauft Börsenpapiere, um sie nach kurzer Zeit zu einem höheren Kurs wieder zu verkaufen. Der Aktienhändler lebt von den Kursunterschieden; das Aktienvermögen ist ihm allenfalls ein Maßstab für den wirklichen Wert der Aktie selbst, aber es ist ihm niemals bestimmend für den Kauf der Aktie selbst. Im Gegensatz hierzu steht der Aktienkäufer für Anlagezwecke. Für diesen Käufer spielt die gegenwärtige und in naher Zukunft zu erwartende Aktienrendite, also die Verzinsung für das in den Kauf gesteckte Kapital, eine entscheidende Rolle. Das schließt nicht aus, daß vielfach neben der erwarteten Dividendenzahlung noch andere Vorteile, etwa in Form von günstigen Bezugsrechten usw., erhofft werden, oder daß sich auch der sogenannte Anlagekäufer bei eintretenden Kurssteigerungen zur Wirtshaus des Kursgewinnes durch Veräußerung seines Aktienbestandes bestimmen läßt. Grundsätzlich aber ist es die Nachfrage des Kapitalistenpublikums, die den Kurs der Aktie „macht“, und da die Kapitalanlage des großen Publikums sich in der Hauptsache nach der jeweils zu erzielenden Verzinsung richtet, so wird letzten Endes das Aktienkursniveau allein von dem Verhältnis des Aktienvermögens zu der sonst zu erzielenden Verzinsung bestimmt.

Der Kurs von „Spezialitäten“.

Die Tatsache, daß bei einer Reihe von Aktien die gezahlte Dividende im Verhältnis zum Kurswert des Papiers eine vielfach nur halb so große Realverzinsung (Rendite) erbringt, wie sie z. B. bei der Anlage in festverzinslichen Wertpapieren heute üblich ist, steht mit der Feststellung, daß das Aktienvermögen den Kurs bestimmt, nur scheinbar in Widerspruch. Wenn man die Kursbildung dieser Aktien im einzelnen verfolgt, wird man finden, daß nicht die regulären Käufe zur Kapitalanlage den Kurs hochgetrieben haben,

sondern daß fast immer besondere Umstände vorgelegen haben, die durch eine verstärkte Nachfrage eine Kurssteigerung dieser Papiere bewirkt haben.

Entweder sind es Interessentenkämpfe in der Industrie selbst, etwa derart, daß ein Unternehmen durch Aktienauslastungsfusionen gemacht werden sollte, oder eine übermäßige Reserveneigung läßt irgendwann die Ausschüttung von Sonderdividenden an die Aktionäre erwarten, oder der Kurs einer Aktie wird von einer Großhandl., die die Ausgabe junger Aktien vorbereiten und erleichtern will, künstlich hochgehalten — immer sind es in weiterem Sinne spekulative Momente, die eine im Verhältnis zur gewöhnlichen Rendite abnormale hohe Kursbildung herbeiführen haben. Wenn die Börsenspekulation und das sie fehlende Mittelfertum von solchen im Gange befindlichen Transaktionen Wind bekommen, wird von dieser Seite aus die bestehende Nachfrage noch verstärkt und die Haufe in dem betreffenden Papier ist fertig.

So erklärt sich die Unregelmäßigkeit in der Börsenkursbewegung einzelner Aktien, und hier liegt der Grund für die Spezialhaufen einzelner Papiere in den letzten anderthalb Jahren — in einer Zeit, in der das Kursniveau im ganzen entsprechend der Verteuerung des Landeszinssfußes dauernd zurückgegangen ist.

Gefundung der Börse.

Dieser Abbau des zeitweise wirklich überhöhten Kursniveaus hat zur Folge, daß die Rendite solcher Aktien, die dem allgemeinen Spekulationsstreben etwas entrückt sind, sich zulehends der zur Zeit in Deutschland üblichen Verzinsung annähert. Wie die nachstehende Kurstabelle einiger bekannter — zeitweise auch von der Spekulation bevorzugter — Aktien zeigt, kommt die Kursgestaltung an der Börse allmählich wieder in ruhigeres Fahrwasser. Die Kursunterschiede von Monat zu Monat halten sich in engen Grenzen, und wenn daran zum Teil auch die anhaltend geringen Umsätze schuld sind, so erfährt man doch aus der ziemlich einheitlichen Kursbewegung, daß die Börse sich allmählich wieder dem gesunden Zustande nähert, wo der innere Wert der Aktie auch ihren Kurswert an der Börse bestimmt.

Kurs:

	30.12.	30.6.	31.12.	28.2.	30.4.	31.5.	15.6.	29.6.	Ren-
	2100.	27	28	28	29	29	29	29	div.
Deutsche Bank	10	167	168	172	168	160	162	172	5,8
Comm.&Priv.-Bk.	11	179	189	197	195	185	184	186	5,8
Hapag	7	147	167	141	125	119	121	118	5,9
Ilse Bergbau	10	238	253	230	215	212	212	215	4,7
J. G. Farben	12	276	273	267	244	249	254	256	4,7
A. G. O.	8	170	180	195	165	168	196	191	4,2
Ber. Glanzstoff	18	581	692	540	411	435	439	453	4,2
Schulth. Papienh.	15	410	360	327	278	292	303	309	4,85

Internationale Papiere und ihre „Rendite“.

Wenn die Rendite der vorstehend aufgeführten Aktien kaum die Hälfte der sonst zu erzielenden Kapitalverzinsung in Deutschland ausmacht, so liegt das z. T. auch daran, daß es sich bei diesen Papieren durchweg um international bekannte

Werke handelt, die auch vom Auslande als sichere Kapitalanlage gern gekauft werden und infolgedessen auch der internationalen Spekulation als Spielobjekt dienen. In Amerika und England hat man eigene Finanzgesellschaften zum Zwecke einer sicheren und möglichst gewinnbringenden Kapitalanlage (Investment Trusts) gegründet.

Diese Investment-Trusts kaufen mit dem vom Kapitalistenpublikum zur Verfügung gestellten Mitteln sichere und gut verzinsliche Wertpapiere an allen Börsen der Welt, um den erzielten Kapitalertrag später an ihre Anteilhaber in Form von Dividenden wieder auszuschütten. Der Zweck dieser auf ein möglichst hohes und sicheres Kapitalertragnis ausgehenden Unternehmungen und das Bestreben nach einer gleichmäßigen Risikoverteilung bringen es mit sich, daß die Kapitalanlage nicht auf das Heimatland des Investment-Trusts und auch nicht auf eine bestimmte Wertpapiergattung beschränkt bleibt. In steigendem Maße werden von diesen Gesellschaften auch deutsche Wertpapiere gekauft.

Es ist einleuchtend, daß dabei die Aktien unserer großen international bekannten Unternehmungen bevorzugt werden. Auf diese Weise ist schon manches deutsche Aktienpaket nach Amerika gewandert, und bei dem gewaltigen Aufschwunge, den die Investment-Trusts dort in den letzten Jahren genommen haben, ist damit zu rechnen, daß bei einer weiteren Senkung des deutschen Aktienkursniveaus und einer damit gleichbedeutenden Renditerhöhung von dieser Seite aus neue Auslandskäufe einsehen werden. Die Mehrheit davon ist, daß diese Finanzgesellschaften über auch die Börsenspekulation in größtem Maße betreiben, also bei eingetretener Kurssteigerung u. U. die billig gekauften Papiere des Kursgewinnes wegen wieder abstoßen. Ein Fall, der in der deutschen Börsengeschichte der letzten Jahre mehr als einmal zu verzeichnen ist.

Je mehr die Kaufkraftfähigkeit des deutschen Marktes durch die andauernde Kapitalknappheit begrenzt ist, um so größere Bedeutung kommt diesen ausländischen Wertpapiertransaktionen für die deutschen Börsen zu. Häufig genug beherrschen die ausländischen Käufe allein die Tendenz an den deutschen Börsen in einem Maße, daß man versucht sein könnte, die deutschen Börsen nur als Anhängsel der internationalen Börsenbewegung zu bezeichnen. Dieser Eindruck wird verstärkt dadurch, daß die einheimische Spekulation, eben weil sie diese Zusammenhänge erkennt und nicht über so große Mittel verfügt, in welchem Umfange zum bloßen Mitläufer der von den kapitalkräftigen Ausländern inszenierten Börsenbewegungen herabgesunken ist.

F. D.

Owen Young im Glühlampenkartell

Die Osram G. m. b. H., bei der die AEG. und der Siemens-Kongern überragenden Einfluß haben, ist bekanntlich ein weltumfassendes Kartell für Glühlampen und zugleich auch das am strafftesten organisierte Kartell überhaupt. Obwohl das Glühlampenkartell gern mit seinen niedrigen Preisen renommieren, liegen die Preise aber doch so hoch, daß Außenländer dabei glänzend gedeihen. Das scheint der Grund zu sein, daß das Kartell jetzt nach Wachtrostärkung in der Welt sucht. Jedenfalls hat sich die Amerikanische General Electric Comp., die schon immer sehr eng mit der AEG. zusammengearbeitet hat, jetzt an der Osram G. m. b. H. beteiligt, Anteile von der Osram G. m. b. H. übernommen und auf diese Weise die Verbindung mit den deutschen Elektrokongernen noch verengt. Als Vertreter der General Electric Comp. wird Owen Young, der Leiter der Pariser Reparationsverhandlungen, Freund von John Pierpont Morgan und Chef der General Electric, in die Verwaltung der Osram G. m. b. H. eintreten. Die Beteiligung von General Electric an Osram ist von großer Bedeutung und wird werden später noch auf sie zurückkommen.

Charlottenburger Wasser für Kreis Teltow.

Der Kreis Teltow gehört zu den am stärksten entwickelten Wohngebieten um Berlin. Seine Wasserversorgung wurde jetzt durch einen Vertrag mit den privaten Charlottenburger Wasserwerken geregelt. Der Kreis und die Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A. G. haben gemeinsam die Teltower Kreiswasserwerke G. m. b. H. gegründet mit einem Kapital von 1 Million Mark, von dem der Kreis und die Charlottenburger Wasserwerke je die Hälfte übernehmen. Die Ausschließung des Kreises soll in den nächsten Jahren erfolgen. Einziger Wasserlieferant soll nach dem Vertrage die Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A. G. sein, die das bestehende Werk Eichwalde im Südosten Berlins übernommen hat. Der Vertrag sichert den Charlottenburger Wasserwerken das neu erworbene Abgabebiet bis zum Jahre 2000, was wir angesichts der stürmischen Entwicklung Groß-Berlins und der Zweckmäßigkeit der Volkommunalisierung der Wasserversorgung für bedenklich halten.

Gute Ruhrkohlenlieferung auch im Mai. In 2 1/2 Arbeitstagen hat der Ruhrbergbau im Monat Mai 9,77 Mill. Tonnen Kohle gefördert gegen 10,13 Mill. Tonnen am 25 Arbeitstagen im April d. J. und 9,09 Mill. Tonnen am 25 Arbeitstagen im Mai vorigen Jahres. Die Ruhrkohlenbilanz ist also nach wie vor günstig geblieben. Die arbeitsmäßige Förderung hat sich gegen April von 405 137 auf 400 941 Tonnen gesenkt, liegt aber um 10 Proz. höher als die Mai-Förderung vorigen Jahres mit 363 485 Tonnen. Die Kohlerzeugung des Ruhrgebietes ist mit 2,78 Mill. Tonnen größer als die des April (2,77 Mill.) und erheblich größer als die des Mai vorigen Jahres (2,29 Mill. Tonnen). Die Lagerbestände sind Ende Mai mit 1,54 gegen 1,55 Mill. Tonnen Ende April nur wenig verringert. Die Gesamtzahl der im Ruhrbergbau beschäftigten Arbeiter war Ende Mai gegenüber Ende April auf 372 349 gegen 369 658 gestiegen, aber gegenüber dem Stande von Ende Mai v. J. mit 386 943 um 14 600 Mann geringer. Wegen Abwagnmangels wurden Feierlichkeiten im Mai d. J. überhaupt nicht eingeleit.

Der Möllingische Lotterietplan vorläufig genehmigt. Ueber den Möllingischen Lotterietplan, die Spieler der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie zu Sparern für ihr Spielkapital zu machen und gleichzeitig eine Staatsanleihe von rund 2 Milliarden im Laufe von zehn Jahren aus dem Spielkapital zu ermöglichen, haben wir mehrfach ausführlich berichtet. Der Staatsauschuss und der Beirat der Preussisch-Süddeutschen Lotteriegemeinschaft haben jetzt den Plan abgelehnt, der Beirat einstimmig, die Vertreter Preußens im Staatsauschuss unter Stimmenthaltung. Es ist möglich, daß der preussische Finanzminister nunmehr den Plan von sich aus aufgibt.

Young-Plan und Liquidationsgeschädigte. Die „Arbeitsgemeinschaft“, Spitzenorganisation der Liquidations- und Gemalteschädigten, veranstaltete am Sonntag, dem 30. Juni, in Berlin eine Kundgebung. Unter Würdigung der bankenswerten Erfolge, die die deutschen Sachverständigen in Paris in der Liquidationsfrage erzielt haben, wurde folgende Entschliessung gefaßt: „Mehrere Tausend Grenzlands-, Auslands- und Kolonialgeschädigte fordern die Neuordnung der Entschädigungsfrage, die durch das völlig unzulängliche Kriegsschädlingengesetz nicht gelöst ist. Schon jetzt muß wenigstens das Sofortprogramm der „Arbeitsgemeinschaft“ durchgeführt werden. Die Geschädigten erwarten, daß bei den bevorstehenden Reparationsverhandlungen ihre Rechte und Interessen von der Reichsregierung in vollem Umfange gewahrt werden.“

Henry Hellssen: La Bella Aragona

I.

Eine junge Dame stand am Fenster des Palazzo Voredan und sah auf den Canal Grande hinaus. Es war Hochsaison. Benedig wimmelte von Fremden, und aus den Gondeln und Motorbooten stiegen die Führer sanftmütige Erklärungen durch Regaphone aus:

„Rechts, meine Damen und Herren, sehen Sie den Palazzo del Duca, links Palazzo Voredan, im fünfzehnten Jahrhundert erbaut, jetzt bewohnt von dem verbannten Don Fernando, dem Präsidenten auf dem Thron Silvaniens...“

Die junge Dame am Fenster zog sich rasch zurück. Sie war — wie alle in diesem Hause — daran gewöhnt, als eine Selbstverständlichkeit betrachtet zu werden, aber sie legte keinen Wert darauf, fotografiert zu werden, und die Kodakapparate knipften schon. Der Baporetto glitt weiter.

Eine Tür ging auf, und die Dame wandte den Kopf gegen die tiefe Kühle des Zimmers:

„Guten Tag, Riguel!“
Sie nickte flüchtig einem jungen, ihr gleichaltrigen Manne zu, der, sehr elegant gekleidet, sich über den schwarz-weiß getäfelten Marmarthoden bewegte.

„Guten Tag, Dolores! Sag' mal, du hast wohl nicht gerade zwanzig Jahre?“

Gerade weil Dolores Riguel liebte, was er selbst nicht ahnte, haßte sie ihn wegen seines kameradschaftlichen Tones. Sie hatten allerdings als Kinder zusammen gespielt und waren seitdem täglich zusammen gewesen.

„Wozu brauchst du den zwanzig Jahre?“

„Ich soll Graf Altieri im Restaurant vom Grand Hotel treffen... er will mich La bella Aragona vorstellen.“

„Der Sängerin?“

„Lieber Riguel, ich bin nicht dein Kindermädchen. Aber ich ver-
stehe nicht, wie man für zwanzig Jahre Kavaller bei La bella Aragona spielen kann.“

„Für die Garderobe. Graf Altieri zahlt das Frühstück.“

Dolores nahm einen Schein aus einem abgenutzten Portemonnaie.

„Bittel! Obwohl ich dir nicht so viel Geld geben dürfte... heute sind die Zeitungen nicht gekommen, weil das Abonnement nicht erneuert worden ist. Und all die Briefe, die dort unfrankiert liegen...“

„Du legst ja immer aus. Du finanzierst die rechtmäßige Regierung von Silvanien. Haha!“

Riguel lachte gezwungen. Während Dolores ganz ruhig sagte:
„Einer muß es ja tun.“

„Daß wir diesen Selbstbetrug immer noch fortsetzen! Daß Don Fernando es will, daß du es willst, daß ich es will...“

Für Don Fernando ist die Illusion, daß er Silvanien regiert, der Sinn des ganzen Daseins. Sein Leben und wohl schließlich auch mein Leben, dein Leben...“

„Mein Leben, nein, danke! Mein Leben ist das Leben der lebendigen Menschen! Ich haße diese tote Stadt. Ach, wenn man doch wegkommen könnte, selbst wenn es im Gefolge von La bella Aragona wäre. Paris... die Riviera... die Welt!“

Er sah auf seine Armbanduhr:
„Aber ich muß mich beeilen! Gg, gg, Dolores!“

Ruderschläge verstanden, daß er sich fortzudrücken ließ. Dolores fühlte einen Seufzer aufsteigen, aber sie unterdrückte ihn.

II.

Die Lemter und Hofchargen — alle unbefehlet — wurden von Don Fernando unter die immer weniger werdenden überlebenden Fernandisten verteilt... die, mit Funktionen überbürdet, selbst kaum wußten, welche Titel sie trugen. Dolores hatte den Titel ihrer Mutter als Ehrenname bei Ihrer Majestät der Königin geerbt. Ferner war sie Geheimer Kabinettssekretär bei Seiner Majestät, Chef der königlichen Zielliste und Ministerialdirektor im Ministerium des Äußeren. Der Herzog von Campoamor, Riguels Vater, war Oberhofmarschall und Präsident des Staatsrats, die Herzogin nahm die Pflichten einer Grande Maitresse de la Cour wahr, und Riguel selbst konnte auf seine Bistumsliste sehen — er tat es aber zu Don Fernandos Verger nicht — Kammerherr, Chef des Marstalls (wozu die alte Gondel gehörte), sowie Minister der schönen Künste. Diese letzte Beschäftigung war sogar als besondere Aufmerksamkeit seitens des Fürsten gedacht: Don Fernando wußte ja, daß er gerne mit den Damen vom Theater verkehrte.

Dolores bekleidete das Amt des Chefs der Zielliste hauptsächlich deswegen, weil sie anscheinend als einzige in dem Kreise Geld hatte. Niemand war natürlich so unfein, direkt von Geld zu sprechen. Aber es gab gewiß keine Ausgaben, die sich selbst bei äußerster Sparsamkeit nicht vermeiden ließen, u. a. das Porto für den sehr umfangreichen Briefwechsel, aber Don Fernando legte die Briefe bloß auf den Tisch seines Geheimen Kabinettssekretärs... und nach einem stillen Übereinkommen frankierte Dolores sie.

Niemand magte sie zu fragen, wie sie das Geld beschaffte... In Wirklichkeit wurde es durch harte Arbeit verdient. Wenn Dolores als Geheimer Kabinettssekretär die Post des Tages erledigt, den politischen Beiratsartikel des „Tempe“ Seiner Majestät vorgelesen und ihn damit sanft eingeschläfert, was ihr als Ministerialdirektor im Ministerium des Äußeren oblag, in dem blauen Salon geliegt und nach dem Befinden Ihrer Majestät gefragt hatte, verließ sie in der alten Gondel den Palazzo Voredan und fuhr nach der Piazzetta hinüber. Dort ging sie an Land und verschwand. Ihr Dasein während des übrigen Tages blieb für Don Fernando und seinen Hofstaat ein Rätsel. Die Portiers im „Hotel Danieli“, „Grand Hotel“ und „Europe“ wußten ausgezeichnet, daß „Signorina Alvailla“ Unterricht im Italienischen an Ausländer erteilte, und sie empfahlen sie gerne, denn sie sah gut aus und räumte ihnen reichlich Prozedente ein. Manchmal half sie Amerikanerinnen Einkäufe von Murano-Spigen und Schmuck in den Geschäften am Marktplatz machen. Dagegen ließ sie sich nicht gerne darauf ein, Führer in den Kirchen zu sein. Sie fürchtete Donna Christina Isabella zu treffen, welche sehr, nachdem der eigene Beichtvater des Hofes tödlich geworden war, jeden Tag die Messe an einer anderen Stelle hörte.

III.

Eine Gondel näherte sich. Dolores hörte das Klätschern, und einen Augenblick später stürzte Riguel herein. Er war etwas rot von den vielen Cocktails. Zuerst begann er atemlos von La bella Aragona zu erzählen... ihrer Schönheit, ihren Tugenden — sie trug Manschetten aus Platinarmbändern mit Saphiren und Smaragden bis zu den Ellenbogen, und jeder Schmuck, hieß es, war das Denkmal eines Liebhabers — ihrem Parfum, — sie schwamm sozusagen in „Trejur“ — ihren Hunden... Plötzlich plätschte es aus ihm heraus:

„Dolores, glaubst du, Donna Christina Isabella ließe sich dazu bewegen, die Aragona in Audienz zu empfangen?“

Dolores zog die Augenbrauen spitz hoch:

„Was in aller Welt will diese Person bei Donna Christina Isabella?“

Nachträglich bereute sie den Ausdruck: diese Person. Das war nicht überlegen. Aber Riguels Begeisterung irritierte sie.

Riguel erklärte ganz sprunghaft, daß die Aragona das einzige Bestreben hätte, vor dem heiligen Vater im Vatikan singen zu dürfen. Trotz ihrer scheinbaren Pasterhaftigkeit (übrigens nur ein Geschäftstriebe) war sie sanftmütig fromm und klammerte sich an ihren Kinderglauben. Was man auch über sie sagen könnte, die Seele, betonte sie, wäre stets rein verblieben, und nur einmal hätte sie über das ungerechte Schicksal geweint, nämlich als die Geistlichkeit Mailands gegen einen Gesang von ihr protestiert und ihn gotteslästerlich genannt hatte. Gerade in diesem Lied — von einem kleinen Mädchen aus einer Hofkneipe, die der Madonna Blumen bringt — lehrte sie ihr Innerstes noch außen, und es schmerzte sie, daß man sie deswegen von der Kanzel in den Bann tat. Nun wollte sie es den Papst selbst hören lassen. Nur er konnte hier entscheiden. Und da ihr Umgang sie bisher nicht in den Kreis der Kardinalen geführt hatte, benutzte sie die Gelegenheit, sich Rom durch Donna Christina Isabella zu nähern. Donna Christina Isabella — das mußten alle — hatte großen Einfluß auf das heilige Kollegium. Der Papst hatte ihr die Zugendrose überreicht.

IV.

Dolores lächelte bloß über Riguels naive Begeisterung, und um die darauffolgende, etwas peinliche Pause zu beenden, sprang Riguel kopfüber in ein anderes Thema:

„Hast du gesehen, Dolores, zu Hause in Silvanien sind Unruhen ausgebrochen!“

Obwohl keiner von ihnen jemals in Silvanien gewesen war, sagten doch beide immer: zu Hause.

„Unruhen... woher weißt du...?“

„Die Mittagsausgabe des „Corriere“, Großes Telegramm auf der ersten Seite mit Revolution und so... Ich kam nicht dazu, genau zu lesen. Die Aragona sprach die ganze Zeit.“

„Aber warum hast du keine Zeitung gekauft? Ich habe dir doch gegeben...“

„Ausgegeben. Ich mußte für die Aragona Zigaretten kaufen.“

„Wir müssen es Don Fernando sagen... sofort!“

Auf dem Wege durch die Vorhalle gab Dolores dem Gondoliere Geld für Zeitungen. Sie selbst stieg mit Riguel die prunkvolle Treppe unter den Fresken Pietro Longhis hinauf. Auf dem Absatz sah ein uralter Vatai und schlief. Es war Gonzola, der in seiner gebrechlichen Person alle untergeordneten Hoffunktionen vom Silberkammerer bis zum Käufer vereinte... trotzdem er vor Alter kaum gehen konnte! Dolores weckte ihn sanft, und er glitt durch die Türspalte wie ein Schatten... hinein, um sie feierlich bei Don Fernando zu melden.

Silvaniens Thronpräsident, der 49 Jahre im Exil verbracht hatte — er war jetzt 67 — stand vor einem zerfurchten Spiegel in dem großen Saal mit Bergamoscos' Ramin und Tipolos Deckengemälden. Man störte ihn beim Einstudieren heroischer Stellungen. Ein langes Leben des Wartens hatte er sich täglich vor dem Spiegel darauf eingeübt, vor das Volk in einer Haltung zu treten, die an die Standbilder seiner tapferen und begabten Vorfahren auf den Plätzen in Silvaniens weißen Städten erinnerte. Aergerlich wandte er sich gegen die jungen Leute:

„Neues von Wichtigkeit?“

Dolores erzählte von den Unruhen in Silvanien. Man hatte noch keine Einzelheiten, aber große Dinge schienen im Werden zu sein. Don Fernando hörte sie an, während er die Stellung einnahm, in der sein Ururgroßvater, der große Reorganisator, vor Silvaniens Parlamentsgebäude verweilt war. Dann sagte er, und seine Stimme hatte einen leicht zurechtweisenden Klang:

„Barum habe ich heute keinen politischen Vortrag bekommen? Wo sind die Zeitungen? Sie werden gebeten, möglichst viel Nachrichten einzuholen. Vortünftig wünsche ich allein zu sein. Ich muß das reißlich überdenken.“

Er sah bedrückt aus, denn allmählich hatte er sich das Denken abgewöhnt. Wenn er zu Dolores Sie sagte — recht und schlecht und Sie — meinte er den Ministerialdirektor im Ministerium des Äußeren. Jedemal, wenn er sie in Donna Christina Isabellas Salon traf, tituliert er sie Ihre Hoheit... denn dort war sie die Ehrenname, der einzige noch lebende Vertreter des Geschlechts der Herzöge von Alvailla. Dolores eilte in die Kanzlei, um zu sehen, ob der Gondoliere die Zeitungen gebracht hatte. Sie lagen an dem gewöhnlichen Platz, und während Riguel, den das Ganze nichts anzugehen schien — er dachte daran, fortzukommen, denn er hatte La bella Aragona versprochen, bei ihr Tee zu trinken —, sah an den Fensterrahmen lehnte und eine Zigarette anzündete, begann sie eifrig die sensationell aufgemachten Telegramme zu lesen.

Die Situation in Silvanien schien die zu sein:

Der regierende Fürst, ein schöner und lebenswürdiger junger Mann, interessierte sich nur für Sport und fand daher sehr wenig Gelegenheit, seine Person mit dem Wohl und Wehe des Landes zu befassen. Zu Hause im eigenen Lande war er fast nie, und solange man ihm seine Apapage bezahlte, konnte Silvanien sich leinetwegen so einrichten, wie es wollte. Eine Offiziersclique hatte die Macht an sich gerissen und das Parlament nach Hause geschickt. Sie regierte diktatorisch mit einem General an der Spitze. Alles ging ausgezeichnet, bis der Diktator von einem unbegreiflichen Reformdrang ergriffen wurde. Der Tropfen, der den Becher zum Überlaufen brachte, war eine Verfügung, künftig rechts statt wie bisher links zu fahren. Der Diktator handelte unter dem Einfluß internationaler Automobilorganisationen. Das Ganze schien ihm eine Bagatelle zu sein, die man mit einem Federstrich erledigen konnte. Er vergaß aber mit dem Starrsinn der Bevölkerung zu rechnen. Keine Macht der Welt — auch nicht eine Militärdiktatur! — könnte Silvaniens Bauern dazu bewegen, rechts zu fahren. Selbst wenn die Menschen nicht protestierten, würden es doch die Maulflücker tun. Tausend Jahre, vielleicht noch länger, waren die Maulflücker

darin gewöhnt, links zu gehen. Das lag ihnen im Blut. Und jetzt war also die Revolution eine Tatsache. Der junge König telegraphierte aus dem Hotel „Regresco“ in Rizza, daß er leider nicht sofort nach Hause kommen könne. Er trainierte gerade für die Schlußrunde im Tennis, wo er im Gemischten Doppel mit Suzanne Lenglen als Partnerin spielen sollte... Die Revolutionsregierung telegraphierte zurück, der König könnte bleiben, wo er war, und sein Training fortsetzen: Er sei abgesetzt! Zuerst wollte man die Republik ausrufen, aber da Silvaniens Bauern sich nun einmal an die Monarchie gewöhnt hatten und absolut nicht geneigt waren, etwas Neues zu probieren, verfiel man auf Don Fernando. Er sollte so ein netter, junger Mann sein, sagten die Alten im Lande. Sie hatten ihn noch als den achtzehnjährigen in der Erinnerung. (Schluß folgt.)

Walter Lange: Tag in Grau

Hans Rabe stieg die zweihundertzug Stufen zum Dachgeschoß des Hauses Kurze Straße 3-5 hinauf und trat durch die schwere eiserne Tür in den Bodenraum. Der Fußboden war mit Zement ausgegossen, und die Wände mit ihren Klappfenstern standen schräg. Die Ausstattung des Raumes bestand aus etwa einem halben Duzend Feldbetten und einigen großen Wandregalen für Bücher und Zeitschriften. Auch ein grüner Gartentisch mit zwei Stühlen war vorhanden. Und in der Mitte stand auf einer hochgestellten Margarine-Liste ein Spirituskocher. Diesen Bodenraum hatte der Berliner Lehrereigen als Asyl für obdachlose Junglehrer zur Verfügung gestellt. Als Hans Rabe eintrat, war einer von ihnen gerade dabei, ein lila kariertes Oberhemd mit Hilfe von grüner Seife und Handbürste in einer Waschkübel zu reinigen. Ein blauegestreiftes und ein Paar Socken hingen bereits über einer Schnur zum Trocknen da. Hans trat neben seinen Kameraden. „Haben wir noch etwas Erhaberes da?“ fragte er nach einer Weile. Der andere schüttelte den Kopf. „Wir müssen auf Fröh warten, vielleicht bringt er etwas mit.“ — „Du rauchst auch nichts?“ — „Sieh mal in meiner rechten Rocktasche nach“ — eine Bewegung mit dem Kopf zum Kleiderständer — „da wird sich noch eine halbe Zigarette finden.“ Hans holte sie und legte sich rauchend aufs Bett.

Nachdem etwa zwanzig Minuten vergangen waren, kam Fröh Graap. Er hatte ein Brot unterm Arm und eine Tüte, aus der er Kakao, Zucker und eine Büchse kondensierter Milch hervor holte. Sofort wurden die beiden anderen munter. Hans Rabe ging zum Spirituskocher und machte sich daran, einen Kakao zu bereiten. Als sie hernach beim Essen waren, fragten sie Fröh, woher er das Geld zum Einkauf bekommen hätte. Der aber schwieg. (Erst ein paar Wochen später erzählte er so ganz nebenbei, wie es seine Art war, daß er damals seinen Cutanoy ins Leibhaus getragen hätte.) „Was meint ihr“, fragte Fröh, als die Mahlzeit beendet war, „ob ich wieder mal ein Gesuch an die Regierung schreiben soll? Man muß den Herren doch dauernd auf der Pelle sitzen, wenn man eine Anstellung haben will.“ Er wartete eine Antwort der beiden anderen nicht ab, sondern setzte sich gleich an den grünen Gartentisch. Auch vergaß er nicht, zuvor eine Decke auf den Stuhl zu legen, um die Hufe zu schonen. „Biel Glück“, bemerkte endlich Hans Rabe ironisch. „Unterlaß es ja nicht, hinzuzufügen, daß du dich in der Hauptsache von Gelbborgen ernährst und bald auf die Wildbühnen deiner Mitmenschen angewiesen sein wirst.“ Dann verließ er das Asyl, während der dritte, Franz Beder, sich seiner Socken erbarmte.

Hans Rabe schritt über den Alexanderplatz. Alle fünf Schritte stand hier ein Mensch, der den Vorübergehenden ins Ohr brüllte: „Die neuesten Nieder und Schlager, nur zehn Pfennig!“ — „Heber hundert der neuesten Berliner Wige, nur einen Groschen!“ Hans wartete, ob jemand von ihnen etwas verkaufen würde. Aber während einer ganzen Viertelstunde fand sich kein Käufer. „Bonon leben diese Leute?“ dachte er. „Wie sind solche Existenzen möglich?“

Aber dann fiel ihm das eigene Dasein ein. „Ich lebe ja auch und habe nicht einmal eine solch kümmerliche Beschäftigung wie sie.“ Er ging weiter, in die Königstraße hinein. Es begann zu dämmern. Die Straßenlampen und Kellamelichter flammten auf. Autos und Straßenbahnwagen rasten auf dem Fahrdamm vorüber, und auf den Bürgersteigen hastete die Menge dahin. Die Schor derer, die es immer und ewig eilig hatten, der immer Beschäftigten. Hans empfand sich als Fremdkörper in dieser Masse. Als eine lebenswerte Kuriosität: der Mann, der Zeit hatte! Wenn er sich ein Schild umhängen und darauf schreiben würde: „Zeit ist Geld! Ich habe Zeit!“

Bitte, gib mir Geld für meine Zeit!“ — ob ihm das vielleicht ein Filmengagement einbringen würde oder sonst etwas? Dann stand er eine Weile vor der Buchhandlung gegenüber dem Rathaus. Gewissenhaft studierte er die Umschläge der Bücher, auf denen in kurzen Worten über Inhalt und Problemstellung berichtet wurde. Nun hatte er für eine Stunde wenigstens an etwas anderes zu denken als an den Erwerb des nächsten Mittagessens.

Mittlerweile war der Junglehrer auf seinem Gang bis in die Friedrichstraße gekommen. Er blickte in die Fenster der hell erleuchteten Cafés hinein. Gleichgültig schaute er über die Besucher hinweg. Eine Gruppe jedoch fesselte seinen Blick länger. Zwei Paare hatten an dem Tisch zunächst der großen Spiegelscheibe Platz genommen. Die beiden Frauen schön, mit weichen, schlanken Gliedern. Die Männer aber zeigten schlaffe, überfüllte Gesichtszüge. Ihr Auge blickte stumpf und bläufert, was auch das eingeklemmte Monotiel nicht verbergen konnte. Doch diese Gegend der Kleidung verriet eine wohlgefüllte Brieftasche. „Das einzig Positive bei dieser Art Mensch“, dachte Hans. „Allerdings auch das, woraus es am meisten ankommt.“ fügte er hinzu. Ihm fiel jener Sonntag ein, an dem er am Müggelsee ein Stück Weges hinter zwei blonden, lustigen Mädchen hergegangen war. Sie hatten sich ein paarmal nach im umgeblickt und wären gewiß nicht abgeneigt gewesen, den Tag mit ihm zu verbringen. Aber was sollte er tun? Er hatte nur noch die dreißig Pfennig für die Rückfahrt in der Tasche und hätte nicht einmal für sich selbst eine Tasse Kaffee bezahlen können. An der nächsten Wegkreuzung war er sehtwärts abgelenkt. Und die Stunden draußen hatten ihm statt der erhofften Erholung und Entspannung eine jeilische Depression beschert. Eine sinnlose Mühe überkam ihn bei dieser Erinnerung. Die Schreie zertrümmern und die beiden Mädchen da in die Gasse jerten! Aber ebenjo schnell, wie die Erregung gekommen war, lehte auch die Reaktion ein. Hans Rabe wandte sich um, kniff die Lippen zusammen und ging müde von schwerer Arbeit in sein Asyl im Dachgeschoß zurück.

Konstantinopels Bevölkerung. Nach der Volkszählung von Ende 1927 hat Konstantinopel 690 735 Einwohner. Davon sind 625 400 Türken, 25 419 Griechen, 7190 Italiener, 3647 Russen, 3470 Bulgaren, 3046 Serben, 2475 Briten, 2245 Franzosen, 1387 Deutsche, 1358 Albaner und 13 101 von anderen Nationalitäten. Die Bevölkerung ist also noch wie vor dem roten Weltkrieg.

